

UNSERE IDEEEN. FÜR HAMBURG. DAS WAHLPROGRAMM DER GAL

**ZUR BÜRGERSCHAFTSWAHL
AM 24. FEBRUAR 2008**

**BESCHLOSSEN AUF DER LANDESMITGLIEDER-
VERSAMMLUNG AM 7. OKTOBER 2007**



Unsere Ideen für Hamburg

Hamburg ist Weltstadt. Hamburg ist Dorf. Hamburg ist Alster. Hamburg ist Kiez. Hamburg ist Hafen. Hamburg ist Hinz und Kunzt. Hamburg ist Theater des Jahres. Hamburg ist Blankenese. Hamburg ist Wilhelmsburg.

Hamburg ist laut, stinkig, cool, grün, teuer, Hamburg ist Tor zur Welt. Hamburg ist Zuhause.

Hamburg ist nichts ohne seine Menschen!

Sie sind Hamburg – im umfassenden Sinne. Vom schreienden Neugeborenen bis zur steinalten Greisin sind sie das Wichtigste an Hamburg. Sie machen unsere Stadt aus. Sie sind entscheidend für Hamburgs Entwicklung. Die umfassende Entfaltung ihrer Möglichkeiten macht für Hamburg den Unterschied zu anderen Städten und Regionen. Durch die Kreativität der Hamburgerinnen und Hamburger entwickelt unsere Stadt sich besser oder schlechter. **Kreativität** ist heute die wichtigste Voraussetzung für eigenes Glück, nachhaltige Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Wohlstand. Kurz gesagt: Durch ihre Kreativität eröffnen Hamburgs Menschen Wege in eine erstrebenswerte Zukunft – für sich selbst und für die Stadt.

Wir, die Hamburger GRÜNEN, sind überzeugt, dass ökologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungsmöglichkeiten im Zeichen der Kreativität Hand in Hand gehen. Metropolen sind heute die wichtigsten Zentren, Sammel- und Reibungspunkte der Kreativität. Deshalb entwickeln ihre Bewohnerinnen und Bewohner besonders oft neue Dienstleistungen und Produkte, deshalb arbeiten sie besonders oft an innovati-

ven Lösungen für gesellschaftliche Probleme, deshalb siedeln sich Unternehmen, Hochschulen, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen in Metropolen an, deshalb sind Metropolen Orte besonderen wirtschaftlichen Wachstums und Konzentrationspunkte starker sozialer Bewegungen, denn beides ist Ausdruck städtischer Kreativität.

Deshalb fördert gute Politik in Metropolen die schöpferischen Fähigkeiten aller Bewohnerinnen und Bewohner, deshalb zieht gute Politik in Metropolen kreative Menschen und innovative Unternehmen in die Stadt und deshalb **ermöglicht gute Politik in Metropolen allen die gerechte Teilhabe** an diesem Prozess. Dazu gehört die Wertschätzung und Nutzung interkultureller Potenziale aller Hamburgerinnen und Hamburger.

Der amtierende CDU-Senat hat bei der Aufgabe, die kreativen Potenziale Hamburgs zu heben und bei der Bewältigung zahlreicher Probleme und Herausforderungen versagt: die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Schere zwischen arm und reich klafft weiter und weiter auseinander, die Zahl der Kinder, die unter der Armutsgrenze leben, wächst kontinuierlich, es gibt mehr Jugendliche ohne Schulabschluss als in jeder anderen deutschen Metropole, die staatlichen Hamburger Hochschulen sind schlechter als die weltweite Konkurrenz, ganze Stadtteile stehen auf der Kippe, die massive Herausforderung durch den Klimawandel, vor der gerade Hamburg als Metropole am Wasser steht, hat der Senat verschlafen.

Deshalb wollen wir einen grundlegenden Politikwechsel. Die Förderung von Kreativität, ihre Nutzbarmachung, die Ent-

faltung ihrer emanzipatorischen und wirtschaftlichen Kraft, sind dabei die entscheidende Zukunftsaufgabe für Hamburg!

Für uns ist es eine zentrale Frage der Gerechtigkeit, niemanden auszuschließen. Dies ist die Voraussetzung, dass tatsächlich die **Talente aller Hamburgerinnen und Hamburger aktiviert** werden können. Nur durch eine derartige Verknüpfung gelingt es, dass alle Menschen dieser Stadt an Wohlstand und Wirtschaftswachstum teilhaben können. Die Probleme der Stadt sind nur lösbar, wenn Politik, Wirtschaft und alle Bürgerinnen und Bürger sie gemeinsam angehen. Zusammen können wir es schaffen, dafür brauchen wir mehr Bürgerbeteiligung.

Hamburg muss als Globalisierungsgewinnerin einen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten und sich für Gerechtigkeit einsetzen, in Hamburg und in den Ländern der Handelspartner.

Hamburg hat großes Potenzial zur **kreativen Stadt**. Es verfügt über eine relativ kleine, aber hochmoderne industrielle Basis –

1. Hamburg wird Hauptstadt des Klimaschutzes

Der CDU-Senat hat sich jahrelang nicht für das Klima interessiert. Im Gegenteil, er hat Vattenfall überhaupt erst auf die Idee gebracht, die Kapazität des geplanten Kohlekraftwerks in Moorburg zu verdoppeln und damit den städtischen CO₂-Ausstoß auf einen Schlag um 40 Prozent zu erhöhen.

Die neuen Klimaschutzbemühungen des Senats werden dies kaum auffangen können. Wir GRÜNE wollen Hamburg zur Hauptstadt des Klimaschutzes machen, unsere Stadt soll **Modellregion für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz** werden. Damit Hamburg einen entscheidenden Hebel für die notwendigen Veränderungen

es gilt, besonders in ökologisch sinnvolle Industrien und Technologien zu investieren. Die Stadt hat eine breit ausgebaute Schul- und Hochschullandschaft – es gilt, die Qualität zu steigern und mehr talentierte Menschen in die Stadt zu ziehen. Hamburg als alte Stadtrepublik hat in der Geschichte immer wieder erfahren, dass nicht Ausschluss, sondern Öffnung, dass nicht Dogmatismus, sondern Kritikfähigkeit, dass nicht Hass auf Fremde, sondern Toleranz gedeihlich wirken – es gilt, und das ist besonders wichtig, das tolerante Klima in der Stadt zu erneuern und zu leben.

Der finanzielle, soziale und ökologische Gewinn ist bei Projekten, die auf die menschliche Kreativität setzen, größer. Wir GRÜNE wollen die zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen, um in den nächsten Jahren die Politik in fünf Bereichen grundsätzlich zu ändern und unter dem Zeichen der Kreativität neu zu gestalten.

Unser Programm hat folgende fünf Schwerpunkte:

erhält, gehören die Strom- und Gasnetze wieder in öffentliche Hand. Konsequenter Klimaschutz ist nicht nur eine Notwendigkeit, um unsere Welt für die zukünftigen Generationen zu erhalten, sondern auch Jobmotor und Wirtschaftsfaktor. Auch Verkehrspolitik ist Klimapolitik und deshalb ist hier ein grundlegender Richtungswechsel notwendig. Wir wollen durch eine **City-Maut** und die **Einführung einer Umweltzone** den **klimaschädigenden Verkehr begrenzen** und gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen in der Stadt verbessern.

2. Mehr Leistung und Gerechtigkeit in Kita, Schule und Uni

Hamburg muss alles tun, um die Talente zu fördern, die in jeder und jedem Einzelnen stecken, von Anfang an. Dies ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und der sozialen Gerechtigkeit. Um **gleiche Startchancen für alle** zu gewährleisten, wollen wir einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr.

PISA hat es gezeigt: Das deutsche Schulsystem ist ineffektiv und ungerecht. Wir haben viel zu wenig AbiturientInnen, und in erster Linie entscheidet nicht die Begabung, sondern der Sozialstatus der Eltern über den Bildungserfolg. Viel zu viele Jugendliche verlassen die Schule in Hamburg ohne Abschluss. Statt die Kinder nach der vierten Klasse auf verschiedene Schulformen aufzuteilen, setzen wir GRÜNE auf eine gut

ausgestattete Ganztagschule für alle Kinder von Klasse 1 bis 9. Um allen Kindern gute Startchancen zu geben, wollen wir bereits in der Kita die Talente wecken und mögliche Entwicklungsverzögerungen aufholen.

Wir GRÜNE wollen **Hamburg in Wissenschaft und Forschung an die Spitze** bringen. Hierfür wollen wir eine Hamburger Stiftung für Wissenschaft und Forschung schaffen und sie sukzessive mit einem Vermögen von einer Milliarde Euro ausstatten. Finanzieren wollen wir dies in den nächsten Jahren mit den zu erwartenden erheblichen Steuermehreinnahmen. Auf diese Weise wollen wir GRÜNEN das Vermögen der Stadt vermehren und in die Zukunft der Stadt und ihrer Kinder investieren.

3. Viertel vor! Gegen die soziale Spaltung der Stadt

Obwohl Hamburgs Reichtum durch die Globalisierung wächst, gibt es immer mehr Armut in der Stadt und nirgendwo sonst in Deutschland ist die soziale Spaltung so groß wie bei uns. Nach sechs Jahren CDU zeigt sich, wie falsch der Bürgermeister lag, der meinte, man könne sich eine soziale Politik erst dann leisten, wenn es der Wirtschaft besser gehe. Die GAL will mit dem Konzept »Viertel vor!« die **Ursachen von Armut bekämpfen**, für bessere Bildung und mehr Beteiligung sorgen und die abgehängten Stadtteile wieder ankoppeln. Wir GRÜNE

setzen mit unserer Initiative »Viertel vor!« auf ein umfassendes Quartiersmanagement und die Förderung der lokalen Wirtschaft. Bewohnerinnen und Bewohner erarbeiten vor Ort gemeinsam mit den Gewerbetreibenden, Initiativen, Institutionen, Quartiersmanagern und Behörden tragfähige Zukunftskonzepte für die Stadtteile. Wir wollen die **Stadtentwicklung mit der Beschäftigungsförderung verbinden** und für Langzeitarbeitslose Arbeitsangebote schaffen, durch die sich die Lebensqualität im Stadtteil erhöht.

4. Mehr Bürgerrechte und Direkte Demokratie

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« So steht es im Grundgesetz und in der Hamburgischen Verfassung. Die CDU scheint das vergessen zu haben, denn sie missachtet die Volksentscheide. Gegen den Willen des Volkes hat sie die städtischen Krankenhäuser verkauft. Das vom Volk beschlossene Wahlrecht hat die CDU systematisch ausgehebelt. Wir GRÜNEN finden es gut, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger durch Volksentscheide einmischen. **Volksentscheide müssen verbindlich werden,**

und das Hamburger Wahlrecht muss so in Kraft gesetzt werden, wie das Volk es beschlossen hat.

Wir lehnen einen Staat ab, der seine BürgerInnen unter Generalverdacht stellt. Statt reflexhaft mit immer mehr Kontrolle und Repression auf Bedrohungen zu reagieren, müssen wir die **Ursachen von Kriminalität gezielt bekämpfen**. Die Überwindung der sozialen Spaltung unserer Stadt ist ein wichtiger Beitrag dazu.

5. Hamburg ist mehr als Handel und Hafen

Der Im- und Export im Hamburger Hafen wächst seit Jahren kräftig. Hamburg ist aber mehr als Hafen und Handel, und die meisten neuen Arbeitsplätze entstehen in den kreativen und wissensbasierten Bereichen. Damit Hamburg wirklich zu einer kreativen Stadt wird, müssen wir die traditionellen Wege der Hafenspolitik verlassen, die so viel Geld verschlingen und die die politische Bewegungsfähigkeit in anderen Bereichen einschränken. Wir GRÜNE wollen **Hamburg zur Kultur- und Kreativmetropole machen**. Das erfordert mehr als Wirtschaftspolitik, dafür müssen auch Bildung,

Kultur, Integration und die Vielfalt der Lebensformen im Fokus der Politik stehen. Wir wollen Hamburg zur Musikstadt machen. Die Kreativwirtschaft erhält als Wirtschaftsbereich mit einer »Agentur für Kreativwirtschaft« ein eigenständiges Clustermanagement als Service- und Förderstelle. Wir wollen nicht nur die Kürzungen bei der Filmförderung zurücknehmen, sondern den Etat der Filmförderung um das Doppelte aufstocken und damit die Filmstadt Hamburg retten.

Unsere Vorstellungen im Einzelnen finden sich in den folgenden fünf Kapiteln.

1. Grüne Metropole am Wasser: Klima, Verkehr und Naturschutz

Urgüne Themen, die in den vergangenen Jahrzehnten viel belächelt wurden, sind in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gerückt. Immer mehr Menschen wird klar, dass der stetig wachsende globale Hunger nach Rohstoffen nicht nur zu einer ernsthaften Bedrohung des Weltklimas führt, sondern auch zu dra-

matisch steigenden Energiepreisen, größeren Abhängigkeiten und Konflikten um Ressourcen. Der Umbau unserer Volkswirtschaften auf Energieeffizienz und Erneuerbare Energien ist daher nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes erforderlich, sondern auch, um Frieden, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand langfristig zu sichern.

Klimaschutz: keine halben Sachen

Angesichts der drohenden Klimakatastrophe müssen wir unsere Energieversorgung, unsere Verkehrssysteme und unseren gesamten Lebensstil überdenken.

Die Jahre unter CDU-Regierung waren verlorene Jahre für den Klimaschutz. Nach sechsjähriger Tatenlosigkeit kommt nun – pünktlich zum Wahlkampf – der hektische Versuch, sich im Klimaschutz zu profilieren. Herausgekommen ist ein Sammelsurium vieler Maßnahmen, die auch in der Summe längst nicht ausreichen, um die erforderliche Treibhausgas-Reduktion zu erreichen. Einschneidende Maßnahmen sucht man in der Energieversorgung ebenso vergebens wie beim Verkehr. Das Senatspaket reicht noch nicht einmal aus, um den irrsinnigen Emissionsanstieg durch das vom Senat lange unterstützte Kohlekraftwerk Moorburg auszugleichen.

Wer es ernst meint mit dem Klimaschutz, der muss sich das Ziel setzen, bis zum Jahr 2020 die Treibhausgase gegenüber dem Jahr 1990 um mindestens 40 Prozent, bis 2050 um 80 Prozent zu reduzieren und langfristig Null-CO₂-Emissionen und 100 Prozent Erneuerbare Energien anstreben.

An diesem Ziel müssen sich alle Maßnahmen orientieren. Die Aktivitäten und ihre Effekte müssen zudem jährlich überprüft werden, damit gegebenenfalls nachgesteuert werden kann. Schwerpunkte müssen die Bereiche sein, in denen wir am einfachsten handeln können. Betont wird nicht das Sparen, sondern der **Gewinn an Lebensqualität und Verbrauchermacht**: durch den Einsatz Erneuerbarer Energien, den Umbau des Kraftwerkparks, den Bau von besonders energiesparenden Häusern, die Sanierung von Wohnungen und die Reduzierung des Autoverkehrs. Dabei können wir nicht mehr allein auf den guten Willen aller Beteiligten bauen. Die Stadt muss mit gutem Beispiel voran gehen und möglichst viele Menschen vom Klimaschutz überzeugen. Der Rahmen hierfür soll jedoch auch durch verbindliche Gesetze gesteckt werden.

Klima schützen – Energiewende jetzt

Der Senat setzt bei der Energieversorgung weitgehend auf Kohle- und Atomkraft. Dies erhöht die Gewinne von Energieversorgern wie Vattenfall, verhindert jedoch

den Aufbau einer effizienteren, dezentraleren Energieversorgung auf der Basis Erneuerbarer Energien. Und im Fall der Atomkraftwerke stellt die CDU-Politik auch eine latente Gefahr für Leib und Leben der Menschen in Hamburg dar.

Netze in öffentliche Hand. Wären die Strom- und Gasnetze im Besitz der Stadt, hätte Hamburg einen entscheidenden Hebel, um Veränderungen in der Energieproduktion zugunsten der Effizienz und der Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Auch das hemmungslose Ausnutzen ihrer Monopolstellung durch die Netzbetreiber bei den Strom- und Gaspreisen könnte verhindert werden. Diese Einflussmöglichkeit fehlt, und angesichts dieser Erfahrung stellen wir – selbstkritisch – fest, dass es ein Fehler war, die Gas- und Stromversorgung zu privatisieren. Wir wollen daher **die Energienetze wieder von der Stadt betreiben lassen**. In den nächsten Jahren laufen die Konzessionsverträge für Gas und Strom aus. Statt sie zu verlängern, könnte die Stadt Hamburg oder ein städtisches Unternehmen schon 2009 das Gasnetz von Eon und 2015 das Stromnetz von Vattenfall übernehmen. Das städtische Unternehmen Hamburg Wasser verfügt über die Kompetenzen zum Management von Versorgungsnetzen und kann mit der beabsichtigten Übernahme des Gasnetzes Ausgangspunkt für den Aufbau von Hamburger Stadtwerken werden. Nach der Übernahme des Betriebs der Netze wollen wir prüfen, welche Rolle die neuen Stadtwerke beim Aufbau einer dezentraleren Strom- und Wärmeversorgung auf der Basis von Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien spielen können.

Kohlekraftwerk verhindern. Das geplante Steinkohlekraftwerk in Moorburg würde die Hamburger CO₂-Emissionen um 40 Pro-

zent erhöhen. Statt dieses überdimensionierte Klima-Monster zu bauen, wollen wir ein kleineres Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung, das mit erheblich umweltfreundlicherem Erdgas betrieben wird. Daneben brauchen wir mehr **kleine dezentrale Blockheizkraftwerke** mit Kraft-Wärme-Kopplung, massive Anstrengungen zur Senkung des Strom- und Wärmebedarfs und mehr Erneuerbare Energien.

Erneuerbare Energien massiv ausbauen. Bei den Erneuerbaren Energien liegt Hamburg im Bundesvergleich weit hinten. Um aus der Nachzügler- in eine Vorreiterrolle zu kommen, sollen Solarthermie, Biomasse-Heizungen, Biogas, Abwasser-Wärmepumpen, Fotovoltaikanlagen und die Geothermie insbesondere für Nahwärmenetze massiv ausgebaut werden. Die Windkraftleistung soll verfünffacht werden, unter anderem durch den Bau von Mikro-Windkraftanlagen auf Dächern, durch den Ersatz bestehender Windkraft-Anlagen durch neue, leistungsstärkere Anlagen und den Bau neuer Anlagen im Hafen. Für das neue Biogas-Kraftwerk, das wir bauen wollen, soll die Sammlung von Biomüll auf die gesamte Stadt ausgeweitet werden. Wir wollen vorrangig **Nahwärmenetze in Hamburg ausbauen**, die durch kleine Blockheizkraftwerke versorgt werden.

Um Solar- oder Windenergie noch schneller auszubauen, unterstützen wir die Gründung von »**Bürgerkraftwerken**«. Solche von Bürgerinnen und Bürgern finanzierte Anlagen beteiligen eine große Anzahl von Menschen am wirtschaftlichen Erfolg der neuen Energien. Das erste große Bürgerkraftwerk soll auf dem Dach der neu gegründeten HafenCity Universität entstehen, die auf Initiative von uns GRÜNEN einen Schwerpunkt im energieeffizienten Bauen hat.

Atomausstieg vollziehen. Die Störfälle in Brunsbüttel und Krümmel haben einmal mehr bewiesen, dass Atomkraft eine nicht zu kontrollierende Risikotechnologie ist. Und diese beiden Kraftwerke vor den Toren Hamburgs sind besonders unsicher. Sie belegen Platz 1 und 3 der Störfallstatistik aller 17 deutschen AKW. Auch ihr Betreiber Vattenfall entpuppt sich immer mehr als Sicherheitsrisiko. Wir fordern deshalb, dass Brunsbüttel und Krümmel sofort abgeschaltet werden.

Energieagentur gründen. Wir brauchen eine Institution, die Maßnahmen zur Energieeinsparung, Verbesserung der Energieeffizienz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien koordiniert und Investitionen bei BürgerInnen, in der Wirtschaft und im Wohnungsbereich anschiebt. Diese Aufgaben soll die Hamburger Energieagentur übernehmen.

Klima schützen – energieeffizient bauen

Im Wohnungsbereich lässt sich enorm viel Energie einsparen. Wir GRÜNE wollen im Interesse des Klimas und der Mieterinnen und Mieter verbindliche Regelungen einführen, um Energiefresser wie Nachtspeicherheizungen, unregelmäßige Durchlauferhitzer und unregelmäßige Heizungspumpen nach einer Übergangsfrist durch energieeffiziente Alternativen zu ersetzen. Wir wollen alle EigentümerInnen von Wohn- und Gewerbeimmobilien durch kostenlose Energieberatungen und den Ausbau der Förderprogramme davon überzeugen, ihre **Gebäude energetisch optimal zu sanieren**. Die schlimmsten Energieschleudern sollen zudem per Gesetz zur Sanierung verpflichtet werden. Finanzielle Beihilfen soll es nur geben, wenn Kriterien erfüllt werden, die über die vorgeschriebenen Standards hinausgehen.

Wir wollen die Wärmestandards für Neubauten verschärfen und den Einsatz Erneuerbarer Energien beim Neubau und in der Altbau-Sanierung zum verbindlichen Standard machen. Im Neubau soll eine noch bessere Wärmedämmung zur Pflicht werden.

Im Bereich der oft besonders energieintensiven Klimatisierung von Gewerbeimmobilien wollen wir mit Forschungs- und Fördermitteln für eine solare Gebäudeklimatisierung helfen, klimafreundliche Alternativen zum Kühlen und Heizen zu etablieren.

Ökologische Beschaffung und Vergabe. Der CDU-Senat hat in diesem Jahr bereits einen rechtlich verbindlichen Stromliefervertrag mit Vattenfall abgeschlossen. 13 Prozent Ökostrom wollte die Stadt zusätzlich zum sowieso vorhandenen Anteil haben. Andere Städte kaufen bereits über 50 Prozent, Hamburg hinkt mal wieder hinterher. Eine nachträgliche »Veredelung« des von Vattenfall gelieferten Atom- und Kohlestroms durch den Kauf von »Öko-Zertifikaten«, wie sie der Senat plant, lehnen wir ab, da dies nur einen Ablasshandel zur Gewinnsteigerung von Vattenfall darstellen würde. Wir fordern, dass der Senat frühestmöglich den Vertrag mit Vattenfall kündigt und die Stromversorgung neu ausschreibt, möglichst mit **100 Prozent Ökostrom**. Generell muss die Stadt selbst bei der Beschaffung und der Vergabe von Aufträgen auf Klimafreundlichkeit achten. Bei der Inanspruchnahme von städtischen Fördermitteln muss eine Energieberatung verpflichtend sein. Und wenn städtische Grundstücke vergeben werden, müssen strenge Effizienzkriterien gelten.

Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass die öffentlichen Straßenlampen so umgerüstet werden, dass diese weniger Watt

und somit weniger Strom verbrauchen.

Und wir wollen, dass Hamburg beim städtischen Fuhrpark auf Klimafreundlichkeit achtet. Wenn Fahrzeuge angeschafft werden, die für Behörden im Einsatz sind, müssen ökologische Kriterien zugrunde gelegt werden.

Klima schützen – Zentrum für Erneuerbare Energien werden

Hamburg kann von konsequentem Klimaschutz auch wirtschaftlich immens profitieren. Bisher sind die Erneuerbaren Energien in der Hansestadt dynamisch gewachsen, ohne dass es der CDU-Senat bemerkt hat. Wir haben Forschungsinstitute und Unternehmen, die weltweit führend sind bei der Erforschung des Klimawandels und der Anwendung von Erneuerbaren Energien. Bei entsprechender Förderung durch die Stadt hat Hamburg gute Chancen, zum **nord-europäischen Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien** zu werden – mit Spitzenforschung und Unternehmen, die ihre Produkte in alle Welt exportieren. Dadurch könnten bis 2020 ganze 25.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Dafür brauchen wir eine **»Landesinitiative Neue Energie«**, die die Gründung neuer Firmen fördert und bestehende stärkt. Die Initiative soll sich besonders auf den Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Forschung konzentrieren, gemeinsame Netzwerke aufbauen und das Standortmarketing fördern. Zudem soll sie eng mit der von uns geplanten Hamburger Energieagentur zusammenarbeiten, die die Maßnahmen für die Klimaoffensive koordiniert. Nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Forschung soll Hamburg Vorbild werden. Deshalb wollen wir ein Forschungszentrum für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz gründen. Ein ange-

schlossener Energie-Campus unterstützt die Gründung von Unternehmen und verbessert den Transfer von Wissen aus der Forschung in die Wirtschaft. Zudem sollen Wirtschaftsförderprogramme ExistenzgründerInnen helfen und Unternehmen nach Hamburg locken.

Klima schützen – Verkehr reduzieren

Um deutliche Fortschritte im Klimaschutz zu erreichen, brauchen wir auch eine **Wende im Verkehr**. 25 Prozent des CO₂-Ausstoßes resultieren aus dem Verkehr in der Stadt. Während es in anderen Bereichen bereits gelungen ist, die Klimabremse zu ziehen oder sogar die Kehrtwende einzuleiten, wachsen die Emissionen im Verkehrsbereich weiterhin stark an. Der Verkehrssektor muss einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir GRÜNE werden energisch alle Maßnahmen ergreifen, mit denen das mittelfristige Klimaschutzziel einer CO₂-Reduktion von 40 Prozent bis 2020 auch durch CO₂-Verringerungen im Straßenverkehr im Stadtgebiet erreicht wird. Der CDU-Senat hat den Autoverkehr und damit den Anstieg der CO₂-Emissionen gefördert, die Mittel für den Ausbau des Fahrradverkehrs zu Beginn der Legislatur massiv zusammengestrichen und später in Hausrück-Aktionen plötzlich erhöht, um die eigenen Fehler zu vernebeln. Er hat den kurz bevorstehenden kostengünstigen Bau einer Stadtbahn nach Steilshoop und Bramfeld auf Eis gelegt, um stattdessen hunderte Millionen Euro in die U4 mit nur zwei Haltestellen zu investieren.

Wir GRÜNE wollen **Anreize für umweltfreundliche Mobilität schaffen**, damit die Hamburgerinnen und Hamburger immer öfter ihr Auto stehen lassen und auf das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Zusätzlich sind Maßnahmen

notwendig, die den Autoverkehr unmittelbar verringern und gesundheitsverträglicher machen.

City-Maut. Wir GRÜNE werden die notwendigen rechtlichen, planerischen und organisatorischen Voraussetzungen für die Einführung einer City-Maut in Hamburg schaffen. Wir wollen sie im dicht besiedelten Kernbereich der Stadt einführen. Die Erhebung von Gebühren für die Benutzung städtischer Straßen hat viele positive und notwendige Effekte. Die City-Maut verringert das Verkehrsaufkommen. Das bedeutet **weniger Abgase, weniger Lärm, weniger Staus** und mehr Anreize für Autofahrer, auf den ÖPNV umzusteigen. Das Gebiet, in dem eine City-Maut erhoben werden soll, muss so zugeschnitten sein, dass Ausweichverkehre im Stadtgebiet vermieden werden; es wird im Westen begrenzt durch die A7, im Norden durch die Güterumgehungsbahn, im Osten durch den Ring 2 und im Süden durch die Elbe. Die Mauterhebung soll nach Tageszeiten differenziert werden, um den Verkehrsfluss aller VerkehrsteilnehmerInnen zu verbessern. Dabei sollen sich die Mautkosten für schadstoffarme Fahrzeuge an der Größenordnung der Fahrpreise im ÖPNV orientieren. Die Einnahmen sind zur **Attraktivitätssteigerung des ÖPNV** zu verwenden. Hierfür bietet sich insbesondere eine deutliche Ausweitung der Angebote (z. B. erhöhte Taktichte, Einführung der Stadtbahn) oder eine spürbare Senkung der Tarife an. Die mit einer Mauterhebung verbundenen Datenerhebungen und –nutzungen sind im Sinne eines umfassenden Datenschutzes zu gestalten. Besonders für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und unmittelbare AnwohnerInnen muss die Citymaut sozial gerecht gestaltet werden.

Für den Kernbereich der Stadt und den Hafen soll eine **Umweltzone für LKW, Bus-**

se und Taxis eingeführt werden. Durch Schwerlastverkehr und VielfahrerInnen entstehen erhebliche Belastungen durch Fein- und Feinststäube sowie Stickoxide. Mit der Umweltzone können die daraus resultierenden erheblichen Gesundheitsgefährdungen minimiert werden. Andere deutsche Großstädte führen bereits Umweltzonen ein. Die **Luft wird besser, die Aufenthaltsqualität steigt, die Gesundheit profitiert**, und durch ein mit der Umweltzone verbundenes Tempolimit sinkt der Lärmpegel. Städte wie München, Berlin und Stuttgart arbeiten bereits an diesem Zukunftsmodell. Damit eine Umweltzone auch in der Hafenstadt Hamburg wirksam ist, braucht es zusätzlich Maßnahmen, die den Schiffsverkehr umweltfreundlicher machen. Denn in Hamburg wird ein großer Teil der Schadstoffe von Schiffen verursacht. Eine Maßnahme ist z. B., die während der Liegezeiten im Hafen entstehenden Emissionen durch umweltfreundliche Landstromversorgung zu verringern.

Umweltzone und City-Maut sollen sich ergänzen. Über die genaue Ausgestaltung soll entschieden werden, sobald praktische Erfahrungen anderer deutscher Großstädte und der Planungsfortschritt der City-Maut mit einer kombinierten Umweltzone in London vorliegen.

Daneben wollen wir alle kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen zur Reduktion der Belastungen aus dem Kfz-Verkehr ergreifen. Dabei spielt eine **intensivierte Parkraumbewirtschaftung eine wichtige Rolle**. Wir brauchen diese insbesondere in den dicht bewohnten Innenstadtvierteln. AnwohnerInnen dürfen bevorzugt parken, BesucherInnen müssen für die Nutzung des öffentlichen Raums als Parkplatz zahlen. Dazu gehören auch die Förderung von Quartiersgaragen und Car-Sharing-Stellplätzen, so-

wie die Wiedereinführung der Stellplatzabgabe. Die dadurch erzielten Einnahmen wollen wir für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs nutzen.

Umweltfreundliche Mobilität fördern

Nur Autofahren war gestern: Mobile Städterinnen und Städter nutzen individuell das jeweils beste Verkehrsmittel. Das wollen wir weiter unterstützen und noch mehr Menschen zum Umsteigen bewegen. Dazu wollen wir den »Umweltverbund« entschieden fördern: Die Bedingungen für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie für Radfahrerinnen und Radfahrer müssen deutlich verbessert werden und mindestens den gesetzlichen Vorgaben entsprechen. Wir wollen die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs attraktiver gestalten und für alle zugänglich machen. Dafür wollen wir wieder ein **echtes Sozialticket** zu einem Abgabepreis von weniger als 20 Euro einführen! Außerdem müssen die Anstrengungen zur **Barrierefreiheit** erheblich intensiviert werden: Deutlich mehr U- und S-Bahn-Stationen müssen von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen eigenständig erreicht werden können. Diese Verbesserungen steigern die Benutzerfreundlichkeit des öffentlichen Nahverkehrs auch für Familien, weil Kinderwagen und -karren leichter mitgenommen werden können. Barrierefreie Zugänge verbessern auch die Kombinationsmöglichkeiten mit dem Fahrrad.

Stadtbahn. Um den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu machen, wollen wir das weltweit beliebteste öffentliche Verkehrsmittel wiederbeleben – die moderne Stadtbahn. Sie ist die **deutlich günstigere, aber auch attraktivere Alternative** zum Millionengrab U4. Die versprochenen Verlängerungen der U4 nach Steilshoop und Bramfeld oder nach Wilhelmsburg und Har-

burg werden niemals realisiert, weil schon die zwei Stationen in die HafenCity den finanziellen Rahmen der Stadt sprengen. Wir wollen in einem ersten Schritt Steilshoop und Bramfeld mit der seinerzeit vom rot-grünen Senat geplanten Trasse anbinden, wovon auch die Menschen in Uhlenhorst, Winterhude und der City-Nord profitieren. Darüber hinaus bietet sich die Stadtbahn an, um die Stadien am Volkspark sowie Lurup und Osdorf besser an das Netz des öffentlichen Nahverkehrs anzuschließen. Die Stadtbahn bietet aber auch die einzige realistische und attraktive Perspektive für die Menschen im Univiertel, in Eppendorf und Lurup, für Farmsen und Rahlstedt sowie für den Sprung über die Elbe nach Wilhelmsburg und Harburg!

Auf der Verbindung zwischen dem Hamburger Hauptbahnhof und Ahrensburg wollen wir die Regionalbahn 10 durch eine »echte« S-Bahn S4 in dem für Hamburg üblichen 5- bzw. 10-Minutentakt ersetzen, die den Menschen an dieser Strecke endlich ein vollwertiges Mobilitätsangebot macht und das Fahrgastpotenzial dieses Teils der Stadt wirklich nutzt.

Um den StadtbewohnerInnen immer das ideale Verkehrsmittel anbieten zu können, werden **Mobilitätscenter** eingerichtet. Mobilitätsberatung und Ticketverkauf sowie Car-Sharing, flächendeckender Fahrradverleih und -werkstätten gehören zu den Angeboten. Fähren und Wassertaxen haben ein hohes touristisches Potenzial. Wir wollen, dass sie in Hamburg stärker zu alltäglichen Verkehrsmitteln werden und dass alle Stadtteile an der Elbe zukünftig von **Wassertaxen oder Fähren** angelaufen werden.

Vorfahrt fürs Rad. Fahrradfahren ist eine der umweltfreundlichsten und stadtvorteilhaftesten Verkehrsarten überhaupt: Rad-

fahren schon das Klima, erzeugt keine gesundheitsgefährdenden Abgase oder Feinstäube und ist leise. Je mehr Menschen in Hamburg das Fahrrad nutzen, desto mehr wird also die Umwelt entlastet und die Gesundheit aller gefördert. Deshalb dient eine Förderung des Fahrradverkehrs nicht nur den RadfahrerInnen, sondern liegt im Interesse der ganzen Stadt. Die Förderung des Fahrradverkehrs ist im Vergleich zu den Kosten anderer Verkehrsarten wesentlich günstiger und nachhaltiger. Deshalb wollen wir den **Fahrradanteil** mittelfristig bis 2020 sogar **verdreifachen** und gleichzeitig die Zahl der Fahrradunfälle verringern – mit durchgängigen Fahrradrouten, mehr und besseren Fahrradstellplätzen und erleichterten Mitnahmemöglichkeiten in U- und S-Bahnen. Auch in Hamburg soll mit dem Fahrrad die Nutzung der Fahrbahn der Normalfall werden. Bei stärker genutzten Straßen bevorzugen wir Fahrradstreifen auf den Fahrbahnen gegenüber baulichen Radwegen auf den Bürgersteigen. Diese Lösung ist für FahrradfahrerInnen komfortabler und sicherer. Außerdem werden so die Konflikte zwischen FahrradfahrerInnen und

FußgängerInnen minimiert. Wir wollen in Hamburg endlich auch ein **Fahrradverleihsystem einführen**. Wie enorm der Bedarf für Fahrradleihsysteme in Großstädten ist, zeigt der alle Erwartungen übertreffende Erfolg des Fahrradverleihsystems vélib in Paris.

Die vom CDU-Senat betriebene Benachteiligung von FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen durch den Einsatz von Bettelampeln und viel zu kurze Grünphasen wollen wir umgehend beenden. An allen Kreuzungen müssen die Ampeln wieder automatisch für alle VerkehrsteilnehmerInnen geschaltet werden und dies in Zeiträumen, die auch Kindern und SeniorInnen eine bequeme Überquerung der ganzen Fahrbahn ermöglichen. Ebenso setzen wir uns für den Abbau vieler Grüner Pfeile ein.

FußgängerInnen. Das auf grüne Initiative hin entstandene Fußwegeleitsystem in der City wird auf weitere Teile der Stadt ausgedehnt. Ein besonderes Highlight wird ein **50 Kilometer langer Wanderweg quer durch die Stadt** – auf dem man in Ruhe Natur, Wälder, Parks, Wasserwege und Stadtviertel erkunden kann.

Entspannt Mobil: eine neue Kultur des Verkehrs

Hamburg braucht eine neue Kultur des Verkehrs, die mehr Mobilität in der Stadt entspannter, fairer, sicherer und gesünder gestaltet. »Entspannt mobil« soll einen Kurswechsel markieren: Wir GRÜNE wollen Mobilität künftig so gestalten, dass **die Lebensqualität in der Stadt steigt**. Wir planen neue attraktive Straßen und Plätze, die zum Verweilen einladen und für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Autos, RadfahrerInnen und FußgängerInnen sorgen.

Dazu müssen die Menschen den öffentlichen Raum zurück erobern!

Platz für alle = Shared Space

Mit Shared Space – geteiltem Raum – ist öffentlicher Straßenraum gemeint, der vom Fuß- und Radverkehr und von PKW und LKW gemeinsam genutzt wird. Verkehrsschilder und Ampeln werden auf ein Minimum reduziert, die Wege ohne Bordsteine gebaut. Durch dieses Prinzip des Shared

Space werden **Straßen und Kreuzungen gemeinsam genutzter und belebter Raum**. Durch mehr Blickkontakt und Rücksichtnahme passieren weniger Unfälle, die Sicherheit steigt und alle sind weniger gestresst. Ganze Kreuzungen werden so umgebaut und entwickeln sich zu belebten Plätzen. Straßencafés, FußgängerInnen und RadfahrerInnen prägen dann das Straßenbild in stärkerem Maße als vorbeifahrender Autoverkehr. Wir wollen in jedem Bezirk mindestens eine Straße nach den Prinzipien des Shared Space umgestalten. Trendsetter sind die Bezirke Mitte und Altona, in dem die Lange Reihe und die Blankeneser Bahnhofstraße bereits aktiv behandelt werden, darüber hinaus bieten sich lebendige Straßen wie die Osterstraße, die Frohmestraße, der Mühlenkamp, der Saseler Markt oder auch die Bahrenfelder Straße besonders an.

Hamburg soll eine **Stadt der Plätze** werden. Wir wollen Oasen schaffen, die für Ruhe, Freizeit und Erholung in der Stadt stehen. Atmosphäre und südliches Flair, Treffpunkte für alle im Stadtteil: Um die Aufenthaltsqualität weiter zu verbessern, planen wir mehr öffentliche Plätze zum Verweilen. Wir wollen jedes Jahr drei Plätze in Hamburg schöner gestalten. Zukünftig sollen neben den innerstädtischen Plätzen stärker die Bezirke berücksichtigt werden. Wir wollen in jedem Bezirk neue Plätze schaffen.

»Vision Zero«: Mehr Sicherheit auf Hamburgs Straßen

Auf Hamburgs Straßen verunglücken so viele Kinder, wie sonst nirgendwo in Deutschland. Kein Mensch, schon gar kein Kind darf im Straßenverkehr lebensgefährlich verletzt werden. Unser Ziel ist Vision Zero, eine **Stadt ohne Verkehrstote**. Weniger

ger Tempo ist ein wichtiger Baustein hierfür. Verletzungsgefahren und das Risiko, bei einem Unfall getötet zu werden, steigen überproportional mit steigender Geschwindigkeit. Geringere Höchstgeschwindigkeiten erhöhen die Sicherheit für FußgängerInnen, bedeuten weniger Lärm und erhöhen die Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen. Zusätzlich zum Tempolimit muss noch eine Vielzahl weiterer Maßnahmen ergriffen werden. In Schweden und in der Schweiz waren diese Programme bereits sehr erfolgreich. Als einzige Stadt in Deutschland hat Krefeld die Idee mit Erfolg umgesetzt, die Unfallzahlen gingen innerhalb von fünf Jahren um 44,3 Prozent zurück.

Weniger Lärm, mehr Lebensqualität

Lärm macht krank! Die wirksamste und kostengünstige Methode zum Schutz vor Verkehrslärm ist die **Reduzierung der Geschwindigkeit**. Tempo 30 verringert den Lärm gegenüber Tempo 50 um fast die Hälfte. Mit Tempo 30 wollen wir die Hamburgerinnen und Hamburger vor dem wachsenden Verkehrslärm schützen. An Hauptverkehrsstraßen, wo dies nicht möglich ist, wollen wir die Belastung durch eine grüne Welle bei Tempo 40 mindern. Davon profitiert auch der motorisierte Verkehr, denn durch das langsamere Tempo fließt er besser. In einem Modellprojekt wollen wir an besonders lauten Straßen zudem die neueste Generation von »Flüsterasphalt« einsetzen. Dort, wo aktiver Lärmschutz allein nicht ausreicht, wollen wir GRÜNE über Lärmaktionspläne und Fördermaßnahmen mehr passiven Lärmschutz (z. B. Schallschutzfenster u. ä.) ermöglichen.

Straßen und Schienen verträglich ausbauen. Erfreulicherweise boomt der Hafen.

Der Weitertransport der Container auf Schiene und Straße verursacht aber schon heute erhebliche Verkehrsbelastungen. Um die erwartete Verdopplung der Container bis 2015 bewältigen zu können, müssen jedoch Straßen und Schienen in ihrer Leistungsfähigkeit verbessert werden. Dabei ist eine wachsende Bedeutung der Bahn im Güterverkehr grundsätzlich einer ungebremsten Steigerung der Transporte auf der Straße vorzuziehen. Dies darf aber nicht auf dem Rücken der AnwohnerInnen der in Hamburg betroffenen Strecken in Wilhelmsburg, Harburg, Wandsbek und Rahlstedt oder entlang der **Güterumgebungsbahn** erfolgen. Hier brauchen wir sofort einen umfassenden **Lärmschutz ohne Wenn und Aber!** Die Menschen, die an der Trasse wohnen, dürfen nicht unterschiedlich behandelt werden – alle verdienen den bestmöglichen Schutz vor Lärm, also aktiven Lärmschutz durch Lärmschutzwände und erheblich größere Anstrengungen der Bahn, die Züge selbst leiser fahren zu lassen.

Wir fordern, dass der **Deckel über der A7** endlich gebaut wird. Die Senats-Strategie des Zögerns und Zu-Tode-Prüfens muss sofort ein Ende haben. Die Chance für den Deckel besteht jetzt, da der Bund einen großen Teil des Lärmschutzes beim A7-Ausbau finanzieren muss. Wird der Deckel nicht in diesem Zusammenhang gebaut, muss Hamburg die enormen Kosten allein tragen. Kommt der Deckel jetzt nicht, kommt er nie. Durch die Bundesmittel hält sich die finanzielle Belastung der Stadt in Grenzen, sie kann durch Vermarktung angrenzender Gebiete sogar noch weiter gesenkt werden. Der Deckel eröffnet zudem neue städtebauliche Möglichkeiten in Altona. Auch für den Bereich Stellingen/Schnelsen wollen wir optimalen Lärmschutz. Wir

wollen ernsthaft prüfen, ob das Modell mit einem Deckel wie bei dem Autobahnteilstück in Bahrenfeld auch dort trägt. Hiermit könnten ebenfalls neue städtebauliche Möglichkeiten eröffnet werden.

Den Bau der A26 nach Stade lehnen wir ab, weil dies eine verstärkte Zersiedelung des Umlandes fördert, wie es sich bereits nach dem Bau der Autobahn nach Winsen gezeigt hat. Zudem würden ökologisch wertvolle Landschaften durchschnitten, das Naturschutzgebiet »Moorgürtel« durch Lärm beeinträchtigt und die Obstbauregion zusätzlich zur Ortsumgehung Finkenwerder mit einem zweiten Straßenbauprojekt belastet.

Die geplante **Hafenquerspange** als aufgeständerte Autobahn lehnen wir GRÜNE ab, weil sie nur begrenzt mehr LKW-Fahrten ermöglicht, und nach den Prognosen des Senats überwiegend der Bewältigung ansteigender PKW-Verkehre dient. Zudem wäre die Lärmbelästigung für die Anwohnerinnen und Anwohner zu groß, das wichtige Stadtentwicklungsprojekt »Sprung über die Elbe« würde behindert und der Spreehafen würde als wichtiges Entwicklungsgebiet kaputt gemacht werden. Wir wollen stattdessen den Freihafen drastisch verkleinern. Aufwändige Zollabfertigungen könnten damit entfallen, der Verkehr besser fließen. Durch den Einsatz automatisierter Verkehre, einfacher Straßenbaumaßnahmen und die Nutzung von Wasserwegen für Hafenverkehre kann die Kapazität der bestehenden Straßen weiter erhöht werden. Erst wenn das nicht mehr ausreichen sollte, muss über einen Straßenausbau nachgedacht werden. Wir befürworten in diesem Fall eine vierspurige ebenerdige Stadtstraße, die beim Spreehafen in einen Tunnel geführt wird, was zwar teurer, aber trotzdem finanzierbar ist, da bei unserem

Vorschlag der Bau einer weiteren Köhlbrandbrücke überflüssig wird. Auf diese Weise kann auch die gesamte Strecke be-

Hamburg natürlich grün

Hamburgs Reichtum an Natur und Grünflächen ist die Grundlage für die hohe Lebensqualität und Attraktivität unserer Stadt und nimmt uns in die Verantwortung, Naturschätze und Artenvielfalt für künftige Generationen zu sichern.

Weniger Flächen verbrauchen

Immer mehr Flächen in Hamburg werden bebaut oder in Straßen umgewandelt – vor allem zu Lasten naturnaher Bereiche und der Landwirtschaft. Der Flächenverbrauch hat sich unter dem CDU-Senat fast verdoppelt. Da die zur Verfügung stehende Fläche endlich ist, ist es unumgänglich, den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Hamburg muss verstärkt auf Innenentwicklung und Flächenrecycling setzen: Nachverdichtung in bestehenden Baugebieten kann zusätzlichen Wohn- und Gewerberaum schaffen. Mehr Stockwerke und dichtere Bebauung sind einer Metropole angemessen und fördern städtisches Leben. Damit orientieren wir uns qualitativ nicht an den Hochhaussiedlungen der 60er und 70er Jahre, sondern an den Gründerzeitquartieren links und rechts der Alster. Neue Bauflächen können auch durch verstärktes Flächenrecycling beispielsweise von ehemaligen Bahnflächen gewonnen werden. Eine verstärkte Innenentwicklung darf aber nicht die Zerstörung der Grün- und Erholungsflächen in den Stadtteilen bedeuten. Diese müssen vielmehr gesichert und ausgebaut werden, um die Lebensqualität im Viertel zu erhöhen und die Flucht

mautet werden. Die AnwohnerInnen in Wilhelmsburg sollten aber davon ausgenommen sein.

ins Umland zu verhindern. Der **Naturausgleich für Baumaßnahmen** sollte deswegen immer in unmittelbarer Umgebung des Vorhabens erfolgen und der Ankauf von Ausgleichsflächen im Hamburger Umland vermieden werden. Die Grundsteuer soll um eine versiegelungsabhängige Komponente ergänzt werden, die eine Reduzierung der Steuerlast ermöglicht, wenn die Grundstücksfläche durch Renaturierungen geringer als baurechtlich zulässig ausgenutzt wird.

Die noch bestehenden **Feldmarken** wie zum Beispiel Osdorfer, Sülldorfer, Hummelsbüttler und Eidelstedter Feldmark dürfen nicht weiter bebaut oder durch Sportanlagen, Gewächshäuser und ähnliches zerstört werden. Wertvolle Landgebiete, wie z. B. der Wilhelmsburger Osten und die Vier- und Marschlande, müssen für die weitere Stadtentwicklung tabu sein. Sie sollen langfristig für den Naturhaushalt, die Landwirtschaft und die naturnahe Erholung gesichert werden.

Die Planungen neuer Bauvorhaben sollen **Rücksicht auf die Stadtteile vor Ort** nehmen. Die Bezirke sind hier im Grundsatz diejenigen, die entsprechende am Stadtteil orientierte Planungen durchführen können. Die bislang vom Senat evozierten Bebauungspläne sind dahingehend zu überprüfen, ob sie an die Bezirke zurückzugeben sind. Den geplanten Möbelgroßmarkt am Kreuz Hamburg-Nordwest lehnen wir aufgrund der erheblichen Beeinträchtigungen durch Verkehrsbelastungen für Eidelstedt

und Schnelsen und Existenzprobleme für die Stadtteilzentren durch sog. Randsortimente ab.

Elbvertiefung – unkalkulierbares Risiko

Kein anderes Gewässer kennzeichnet Hamburg so wie die Elbe. Der Fluss ist jedoch gerade im Hamburger Raum besonders stark in seinem natürlichen Lauf verändert worden. Ohne die grundsätzliche Bedeutung des Hafens in Frage zu stellen, wollen wir der Elbe wieder eine ökologische Verbesserung ermöglichen, etwa durch die Rückverlegung von Deichen. Auch Hochwasserkatastrophen und Klimawandel zwingen heute zu einem anderen Umgang mit dem Fluss.

Der ökologische Zustand der Elbe hat sich in den letzten Jahren zum Teil wieder verschlechtert, im Sommer treten regelmäßig Sauerstofflöcher mit Fischsterben auf. Eindeichungen und abgeschnittene Nebenflüsse haben der Elbe viel Raum genommen. Wertvolle Lebensräume wie Vordeichländer, Auwälder oder Flachwasserzonen sind rar geworden. Wir lehnen die geplante erneute Elbvertiefung ab, weil sie einen schweren Eingriff in die gesamte Flusstruktur darstellt. Während bei der letzten Elbvertiefung nur an relativ wenigen Stellen Spitzen im Flussprofil gekappt wurden, müssen bei der kommenden Elbvertiefung weiträumige Abschnitte des Flusses komplett ausgebaut und verbreitert werden. Es müsste dreimal so viel Baggergut aus der Elbe genommen werden wie beim letzten Mal.

Das Baggergut, das schon immer bei Wedel in der Elbe entsorgt wurde, kommt mit der Flut wieder zurück. Hamburg kommt mit dem Baggern nicht mehr hinterher und muss das Baggergut sehr aufwändig, teuer und ökologisch bedenklich in der Nordsee

verklappen. Es besteht die Gefahr, dass wir der Verschlickung bei einer weiteren Elbvertiefung überhaupt nicht mehr Herr werden können.

Wir GRÜNE fordern, auf die nächste Vertiefung zu verzichten und sich stattdessen für eine Verbesserung der ökologischen Situation der Elbe einzusetzen.

Zudem soll das EU-Life Projekt »Wiederherstellung des Tideinflusses in den Borghorster Elbwiesen« realisiert werden. Wir wollen die schon in den 90er Jahren geplanten Deichrückverlegungsmaßnahmen endlich umsetzen.

Wenig erfreulich sind die Planungen der Hamburg Port Authority (HPA), das Altspülfeld in Kirchsteinbek erneut in Betrieb zu nehmen und etwa 15 Jahre lang als zentrale Deponie für den ausgebagerten Hafenschlick zu nutzen. Wir sind der Meinung, dass es keinen Automatismus geben darf, diese Fläche nur deshalb zu nutzen, weil es die einzige ist, die sich im Besitz der HPA befindet. Wir wollen, dass das Altspülfeld Kirchsteinbek zu einem wohnortnahen Grün- und Erholungsgebiet für Billstedt und Mümmelmannsberg umgestaltet wird.

Die Mittlere Elbe hat als letzter naturnaher Strom in Mitteleuropa eine so überragende ökologische Bedeutung, dass ein weiterer Ausbau für uns nicht in Frage kommt. Dagegen spricht zudem der im Sommer sinkende Wasserspiegel. Vor dem Hintergrund neuerer Erkenntnisse, nach denen das Binnenschiff in Bezug auf seine CO₂-Emissionen anderen Verkehrsträgern überlegen sein könnte, fordern wir für die Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens nach Osten eine neue Analyse.

Mehr Naturschutz in Hamburg

Wir GRÜNE wollen, dass Hamburg bei allen Planungen den Schutz bedrohter Tier- und

Pflanzenarten und ihrer Lebensräume angemessen berücksichtigt. Hamburg liegt in einer der artenreichsten Regionen Deutschlands und hat deshalb eine besondere Verantwortung für den **Erhalt der Biodiversität**. Wir wollen dafür 15 Prozent der Landesfläche (ohne Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer) als neuen Biotopverbund ausweisen. Damit werden wichtige Lebensräume vernetzt sowie Wanderungs- und Ausbreitungskorridore für seltene Arten hergestellt. Bestandteile des Verbunds können geeignete Naturschutzgebiete, Landwirtschaftsflächen, Gewässer und ihre Ufer sowie sonstige Biotope sein. Wir wollen die bestehenden Naturschutzgebiete Wittenbergener Heide und Reit vergrößern und mit einem neuen Naturschutzgebiet »Auenlandschaft Norderelbe« wertvolle Bereiche an der Elbe sichern. Die Berücksichtigung von Natur darf sich dabei jedoch nicht auf Schutzgebiete beschränken, sondern muss auch das Planen und Handeln in der gesamten Stadt beeinflussen. Auch die Entwicklung und der Schutz von Biotopen in der dicht besiedelten inneren Stadt schafft für Natur und Mensch wichtige Lebensräume.

Gewässerschutz: Flüsse und Bäche sind die Lebensräume unzähliger Arten. Ausgeprägte Uferstreifen und ökologisch durchgängige Gewässerläufe sind zudem natürliche Biotopverbundsysteme. Wenn wir die **Fließgewässer wieder in einen naturnahen Zustand versetzen**, dient das neben dem Gewässerschutz der Aufwertung der Landschaft. Wir wollen daher eine Gebühr für die Entnahme von Oberflächenwasser einführen und mit den Einnahmen Renaturierungsprogramme finanzieren. Wir wollen mindestens 10 Meter breite Uferstreifen entwickeln, die weder bebaut noch gedüngt werden. Ebenso soll sichergestellt

werden, dass Überschwemmungsflächen nicht bebaut oder für Ackerbau genutzt werden. Barrieren wie Sperrwerke, Staustufen, Verrohrungen und Uferbefestigungen sollen beseitigt werden. Ein langfristiges Ziel ist es, die Alster wieder durchgängig für Fische zu machen.

Mehr Grün. Wir wollen den Bestand der Hamburger Kleingärten dauerhaft sichern und weiter ausbauen. Vor allem in aufgegebenen Gewerbeflächen und anderen kaum genutzten Flächen können neue Formen des nachbarschaftlichen Gärtnerns im öffentlichen Raum entstehen – beispielsweise interkulturelle Gärten und Gärten für Kinder, Schulen und Vereine. Wir wollen – anders als der Senat – alle gefällteten Straßenbäume ersetzen und **zusätzlich neue Bäume pflanzen**. Eine Umgestaltung des nördlichen Teils des Altonaer Volksparks (Bornmoor) in einen Sportpark lehnen wir ab, da die geplante Bebauung den Park faktisch in ein Gewerbegebiet umwandelt. Der Volkspark muss vielmehr aufgewertet und in Richtung Bahrenfeld geöffnet und erweitert werden.

Landwirtschaft. Mit Umstellungs-, Bewirtschaftungs- und Vermarktungsförderungen soll der Anteil des Ökolandbaus bis 2020 auf 20 Prozent der Landwirtschaftsfläche erhöht werden. Ebenso soll in den Kantinen von Kitas, Schulen, Hochschulen und Behörden der Anteil von **ökologisch produzierten Lebensmitteln** auf deutlich über 20 Prozent erhöht werden. Die Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft lehnen wir ab, denn sie ist nicht erforderlich und die damit verbundenen Risiken sind nicht kalkulierbar. Wir wollen Hamburg zur grünen gentechnikfreien Region machen. Das verbessert auch die Absatzchancen für regional erzeugte Produkte.

Tierschutz. Wir GRÜNE wollen das Verbandsklagerecht im Tierschutz einführen. Seit 2002 hat der Tierschutz als Staatsziel Verfassungsrang. Aber Tiere können ihre Rechte nicht einklagen. Wir wollen ihnen eine Stimme geben und – nach dem Vorbild des Verbandsklagerechts im Naturschutz – Tierschutzverbänden das Recht geben, im Interesse der Tiere die Gerichte anzurufen.

Verbraucherschutz

Wir GRÜNE fordern ein Verbraucherinformationsgesetz, das den Behörden erlaubt, die Bevölkerung wirksam und schnell zu schützen und bei Verstößen Hersteller und

gefährliche Produkte zu veröffentlichen. Um die **Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln** zu erhöhen, ist mehr Lebensmittelüberwachung notwendig. Die Ausweitung der Kontrollen wollen wir über Gebühren bei Nachkontrollen finanzieren. Verstöße gegen das Verbraucherschutzrecht sollen konsequenter als derzeit verfolgt und bestraft werden.

Wir brauchen endlich wieder eine Behörde, die sich zu allererst als Anwältin der Umwelt versteht und die ökologische Schlüssel-Kompetenzen bündelt. Innerhalb der Bezirksämter sind die Naturschutzkompetenzen in einer Einheit zu bündeln.

2. Hamburg bildet sich: Mehr Leistung und Gerechtigkeit in Kita, Schule und Uni

Bildung und Wissen entscheiden grundlegend über die Chancen, die junge Menschen in unserer Gesellschaft erhalten. Bildung entscheidet über beruflichen Erfolg, über die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben und in der Gesellschaft mit zu bestimmen. **Die Teilhabe an Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit**; sie ist auch die **Voraussetzung für die Entfaltung von Kreativität**. In der Kreativität der Menschen liegt ein entscheidender Faktor für die Zukunftsperspektive einer Stadt, die sich in wissensbasierten Industrien und Dienstleistungen

behaupten will. Tatsächlich entscheiden in Hamburg die Herkunft, der Wohlstand der Eltern und der Wohnort darüber, welche Chance auf Bildung ein junger Mensch erhält. Mangelhafte Bildung wird vererbt. Unsere Bildungsinstitutionen können ihren Anspruch, Talente unabhängig von ihrer Herkunft zu fördern, nicht einhalten. Das Hamburger Bildungssystem muss sich grundlegend ändern, um einen stärkeren Beitrag zur Gerechtigkeit und für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu leisten.

Wissensdurst fördern: frühkindliche Bildung verbessern

Der Schlüssel für lebenslanges Lernen liegt in der frühen Kindheit. Bis zum Schulalter werden die Grundlagen für kreative Entfal-

tung, für Forschergeist und eine entsprechende Lebenseinstellung gelegt. Deswegen sind neben den Eltern die Kindertages-

stätten so wichtig. Sie haben einen umfassenden Bildungsauftrag, der weit über Sprachförderung hinausgeht. Sie sollen die vielfältigen Talente der kleinen Kinder, ihre Wissenspotenziale, ihre Mehrsprachigkeit, ihre emotionale Intelligenz, ihr soziales Lernen wie auch ihren Bewegungsdrang frühzeitig und umfassend fördern.

Das Hamburger Gutscheinsystem wehrt den Kindern die frühzeitige Förderung, die sie am dringendsten benötigen. Wir setzen uns ein für einen bundesweiten **Rechtsanspruch auf Bildung und Ganztagsbetreuung ab dem ersten Lebensjahr**, der durch eine Reform des Ehegattensplittings finanziert werden soll. Unabhängig von der sozialen Lage der Familie und der Arbeitssituation der Eltern wollen wir so schon **den Kleinsten gleiche Startchancen im Bildungssystem ermöglichen**. Dafür muss auch das Angebot von Ganztagesplätzen für 3- bis 6-jährige Kinder ausgebaut werden.

Ob Kinder eine Kita oder Krippe besuchen können, darf nicht von der finanziellen Lage der Familie anhängig sein. Deshalb möchten wir Familien mit geringem Einkommen – die heutigen Mindestbeitragszahler – finanziell entlasten und ihnen den Elternbeitrag sowohl für die Betreuung als auch für das Mittagessen erlassen.

Die Erziehung durch die Eltern und in der Kita stehen nicht in Konkurrenz – im Gegenteil: Sie können sich in wertvoller Weise ergänzen. Das setzt allerdings voraus, dass die Eltern stärker als bisher in den Bildungsprozess ihrer Kinder einbezogen werden. Deshalb sollen Kitas zu Familienzentren weiterentwickelt werden. **Familienzentren sollen Treffpunkte in den Stadtteilen werden**, die den Eltern jederzeit offen stehen. Sie sollen dort Beratung in Gesundheits- und Erziehungsfragen oder Haushaltsfüh-

rung finden oder Sprachkurse besuchen können. Die Zusammensetzung der Beratungs- und Bildungsangebote soll vor Ort nach den jeweiligen Bedürfnissen der Familien entwickelt werden.

Die Anforderungen an die Kitas steigen, und deswegen muss sich auch die **Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals** in der Kita verändern. Wir brauchen neben der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher die Möglichkeit des Frühpädagogikstudiums an einer Hochschule. Wir wollen, dass zukünftig mindestens eine akademisch qualifizierte Fachkraft pro Gruppe arbeitet, die auch ein ihrer höheren Qualifikation entsprechendes Gehalt bekommt.

Hamburg ist Einwanderungsstadt – und die Kinder dieser Stadt haben vielfältige kulturelle und ethnische Wurzeln. Besonders berücksichtigt werden soll dabei die Sprachförderung, um ein mindestens gutes Deutsch beim Eintritt in die ersten Klassen zu gewährleisten. Die bislang erfolgreiche aufsuchende Sozialarbeit soll in diesem Zusammenhang erheblich verstärkt werden. Um die Potenziale dieser Kinder ausschöpfen zu können, brauchen wir mehr **interkulturelle Kompetenz** in den Kitas. Deshalb wollen wir die Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich vertiefen und mit einer Ausbildungsoffensive den Anteil von Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund in den nächsten Jahren von 5 auf 20 Prozent anheben.

Wir wollen Kindern den **Übergang von der Kita in die Schule erleichtern** und die gleichberechtigte Zusammenarbeit beider Institutionen verbessern. Weil Lerntempo, Entwicklungsstand und Begabungspotenziale sich von Kind zu Kind unterscheiden, wollen wir den Übergang flexibler gestalten. Die Klassen 1 und 2 sowie die Vor-

schulklassen und das letzte Kita-Jahr sollen zu einer pädagogischen und organisatorischen Einheit an der Grundschule zusam-

mengefasst werden. Für dieses Angebot sollen keine Beiträge erhoben werden.

9 macht klug! Eine Schule für alle!

PISA hat gezeigt: Unser Schulsystem ist besonders ungerecht; in keinem Industrieland hängt der Schulerfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Insbesondere die Gliederung des Schulsystems begünstigt Schulversagen und grenzt aus statt zu fördern. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule abbrechen oder nicht berufsausbildungsfähig sind, ist in Hamburg besonders groß. Dennoch hat der CDU-Senat am mehrgliedrigen Schulsystem gegen jede Kritik festgehalten. Erst zum Ende der Regierungszeit hat er sich bewegt und sich für ein Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium einerseits und Stadtteilschule andererseits ausgesprochen.

Auch dieses Modell wird die grundlegenden Probleme der Mehrgliedrigkeit nicht beheben: Die Kinder nach Begabung – hier akademisch, dort praktisch – einzuteilen widerspricht allen pädagogischen Erkenntnissen und der heutigen Berufswelt, weil dann zu früh und falsch sortiert wird. Heute sind die Prognosen für die schulische Entwicklung bei 40 Prozent der SchülerInnen falsch. Oft erfolgt die Auslese nach sozialer Herkunft, nicht nach Leistung und Leistungsmöglichkeiten. Das CDU-Modell zementiert diese große Ungerechtigkeit. Nach der 6. Klasse können die Kinder wieder vom Gymnasium abgeschult werden. So erzeugt das CDU-Modell sowohl in der 4. als auch in der 6. Klasse Stress, Versagensängste und eine die Leistung hemmende Lernsituation für die 10–12-jährigen Kinder. Für SchülerInnen, die aus dem Gym-

nasium aussortiert werden, hat das nicht selten auch negative Auswirkungen auf ihre weitere Bildungskarriere. Häufig sind sie demotiviert und leiden unter der so empfundenen Zurücksetzung.

Doch auch in der »Zweiten Säule« soll nach dem Willen der CDU aussortiert werden. Das Zwei-Säulen-System wird drei Säulen haben. Wie in Sachsen werden die circa 10 Prozent der schwächsten SchülerInnen von der zweiten Säule in die Förderschulen abgeschoben. Damit entwickelt sich eine neue Form der Restschule und eine neue Dreigliedrigkeit. Anstelle der Hauptschulen werden neue Restschulen geschaffen.

Wir GRÜNE dagegen setzen mit dem Konzept »9 macht klug« auf **eine Schule für alle**, in der alle SchülerInnen gemeinsam bis zum Ende der 9. Klasse lernen. Wir streben für alle Jugendlichen einen mittleren Schulabschluss an.

Erst dann entscheidet sich, wer weitermacht bis zum Abitur und wer direkt eine berufliche Qualifikation anstrebt. Diese Schule vermeidet nicht nur die Nachteile des gegliederten Schulsystems. Sie ist auch in der Lage, individuell sowohl starke als auch schwächere SchülerInnen zu fördern. Nicht alle sind in allen Bereichen gleich gut. Spezielle Schwächen können ausgeglichen und zugleich besondere Begabungen entwickelt werden. **Die Kinder lernen voneinander**: Erfahrungen aus dem Ausland und von einer Reihe von Schulen in Deutschland zeigen, dass vom gemeinsamen Ler-

nen die Schwächeren profitieren, ohne dass die Stärkeren gebremst werden. Im Gegenteil: Sie lernen, wie sie ihre Fähigkeiten weitergeben und anderen helfen können. »9 macht klug« steht also sowohl für eine **leistungsstarke** als auch für eine **sozial gerechte Schule**. Das bedeutet die Vermeidung jeglicher Auslese nach sozialer Herkunft. **Alle Talente sind wichtig und werden individuell gefördert.**

Sitzenbleiben ist genau das Gegenteil von individueller Förderung, nämlich eine Demotivierung. Eine gezielte und rechtzeitige Förderung in den problematischen Bereichen bringt für die Schülerin und den Schüler mehr als die Wiederholung von altbekanntem Stoff und sie kostet weniger. Um hinreichend Raum für individuelle Förderung zu bieten, wollen wir die **Schule für alle als Ganztagschule**. Unsere Schule für alle ist keine Einheitsschule. Im Gegenteil: Wir wollen die Autonomie der Schulen ausbauen; sie sollen unterschiedliche Profile entwickeln können. Dabei sind sie in eine regionale Schulentwicklung eingebunden, die gemeinsam mit allen Akteuren in der Region gestaltet wird. Dazu gehören neben den Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen auch die Stadtteileinrichtungen, Sportvereine und nicht zuletzt die Betriebe.

Den Weg zur Schule für alle können wir nur Schritt für Schritt vorangehen. Insgesamt wird der konsequente Umbau der Strukturen in zwei Legislaturperioden erfolgen. Er beginnt direkt nach der Wahl im Frühjahr 2008 mit einer zweijährigen Vorbereitungsphase. Am Anfang steht eine regionale Schulentwicklungsplanung, an der alle Schulen teilnehmen und die professionell moderiert und begleitet wird. Zeitgleich startet ein Entlastungs- und Fortbildungsprogramm für Lehrerinnen und Lehrer. Sie sind für uns die entscheidenden AkteurInnen

im Umgestaltungsprozess. Daher wird auch die Lehrerarbeitszeitverordnung überarbeitet, entbürokratisiert und den pädagogischen Anforderungen angepasst. Weniger Bürokratie bedeutet: Lehrerinnen und Lehrer haben mehr Zeit für die Kinder und Jugendlichen, sie haben mehr Zeit für ihre pädagogischen Aufgaben.

Im Jahr 2009 werden neue Bildungspläne für die fünften Klassen erprobt, keine isolierte Hauptschulklasse mehr eingerichtet und die Abschulung auf andere Schulformen abgeschafft. Ab 2010 bleiben dann alle neu gebildeten 1. und 5. Klassen jeweils bis zum Ende der 9. Klasse zusammen. Dazu müssen schrittweise die Grundschulen und alle weiterführenden Schulen Kooperationen aufbauen. Die Förder- und Sprachheilschulen und deren Lehrkräfte gehen schrittweise in die Regelschulen über. **Keine Klasse hat mehr als 25 SchülerInnen.** Diese Frequenz kann in sozial besonders benachteiligten Stadtteilen deutlich unterschritten werden.

Auf die Sekundarstufe I der Schule für alle folgt eine **differenzierte Sekundarstufe II**: Die einen gehen auf die dreijährige gymnasiale Oberstufe, um dort die allgemeine Hochschulreife zu erwerben, die anderen lernen einen Beruf. Parallel zur Berufsausbildung soll die Möglichkeit bestehen, die Fachhochschulreife oder die allgemeine Hochschulreife zu erwerben; die GAL unterstützt die Einrichtung doppelt qualifizierender Bildungsgänge. Die gymnasiale Oberstufe soll neben der allgemeinen Bildung die Studierfähigkeit fördern. Hier sollen die SchülerInnen sich **gemäß ihren Interessen und Fähigkeiten spezialisieren** können und an wissenschaftliches Arbeiten herangeführt werden. Das Kurssystem ist in diesem Sinne weiter zu entwickeln. Um die Leistungsfähigkeit der gymnasialen Ober-

stufen sicherzustellen, fördern wir Kooperationen und richten Oberstufenhäuser mit einer Mindestzahl von SchülerInnen ein. Die vom CDU-Senat beschlossene Wiedereinführung des Klassenverbandes und die Fixierung auf ein Abitur mit Hauptfächern

Wege zum Beruf

Die Schule für alle soll berufsorientiert arbeiten. Sie soll sowohl umfassend über mögliche Berufswege informieren als auch besonders die Verantwortung dafür tragen, dass der Anschluss an die weitere Ausbildung funktioniert. Für den Übergang von der Schule in den Beruf fordert die GAL eine Ausbildungsgarantie und ein **Recht auf Berufsausbildung** für alle jungen Menschen bis zum 25. Lebensjahr. Eine gesetzliche Ausbildungsumlage im Rahmen einer Kammerlösung sorgt für die notwendigen Mittel und schafft mehr Transparenz und Gerechtigkeit unter den ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben.

Für alle Angebote im Übergang von der Schule in den Beruf gilt: **Kein Abschluss ohne Anschluss**. Die bislang unverbundenen Maßnahmen der Berufsvorbereitung und teilqualifizierenden Berufsfachschulen arbeiten in Zukunft nach dem Produktionschulprinzip und werden unter dem Begriff der Produktionsschule im Schulgesetz verankert. Die Einführung des Produktionschulprinzips ermöglicht die enge Verzahnung von individualisiertem Lernen und produktiver Arbeit in Werkstätten und Betrieben. Ihre Aufgabe wird sein, die in der Ausbildungsvorbereitung erworbenen Qualifikationen auf die Ausbildung anrechnungsfähig zu machen und die Ausbildung auf kammerabschlussfähige Berufe und Beschäftigungsfähigkeit am Arbeitsmarkt aus-

löst das Problem der mangelnden Studierfähigkeit vieler Abiturienten nicht. Der Etikettenschwindel »Profiloberstufe« ändert daran nichts. Auch die dringend notwendige Steigerung der Abiturientenquote wird dadurch nicht erreicht.

zurichten. Die Produktionsschule bietet zudem neben der Berufsausbildungsvorbereitung auch vollzeitschulische Bildungsgänge sowie kammerabschlussfähige Bildungsgänge an.

Seit dem flächendeckenden Ausbau von »Sonderausbildungsstätten« hat der Anteil behinderter Jugendlicher, die in örtlichen Betrieben ausgebildet werden, ständig abgenommen und liegt gegenwärtig bei nur zwei Prozent. Diese negative Entwicklung entspricht nicht den Grünen Eingliederungszielen. Darum wird sich die GAL dafür einsetzen, dass **mehr behinderte** und von einer Behinderung bedrohte **Jugendliche** in den Betrieben des öffentlichen Dienstes und des allgemeinen Arbeitsmarktes **ausgebildet werden**.

Die beruflichen Schulen waren Opfer einer besonders missratenen CDU-Reform. Unter dem Deckmantel einer »Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat« wurde auf die VertreterInnen der Hamburger Wirtschaft einseitig Macht übertragen. Schulleitungen, LehrerInnen, SchülerInnen und Gewerkschaften sowie ArbeitnehmerInnen haben seitdem deutlich weniger Rechte. Zwar konnten die schlimmsten Auswirkungen dieser Reform von der Volksinitiative »Bildung ist keine Ware« verhindert werden, aber mit der Gründung des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung wurde die schulische Berufsbildung zusätz-

lich bürokratisiert. Die GAL verfolgt ein anderes Ziel: Die Weiterentwicklung der Hamburger **Berufsschulen zu modernen selbstverantworteten Kompetenzzentren** für die Berufs- und Weiterbildung, die sich unter Aufsicht des Staates selbst verwalten und der Öffentlichkeit Rechenschaft über ihre

Arbeit ablegen. Basis ihrer Arbeit sind die Qualitätsstandards des Europäischen und des Nationalen Qualifikationsrahmens (EQR/NQR), durch die Anschlussfähigkeit, Transparenz, Vergleichbarkeit sowie die berufliche Mobilität in Europa gefördert werden.

Es ist nie zu spät, sich schlau zu machen: Lebenslanges Lernen

Eine sich in wenigen Jahrzehnten radikal verändernde Arbeitswelt erfordert komplett andere Qualifikationen, als eine Ausbildung oder ein Studium vor 20 Jahren vermitteln konnten. Da wir aber weder heute noch in Zukunft auf die Erfahrungen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verzichten wollen, bekommt das lebenslange Lernen eine Schlüsselstellung. Weiterbildungsangebote müssen aufgrund unterschiedlicher Anforderungen, Qualifikationen und zeitlicher Möglichkeiten sehr vielfältig sein.

Wir wollen deswegen eine **plurale Weiterbildungslandschaft** mit unterschiedlichen Anbietern. Dazu gehören private Anbieter, die Volkshochschulen, berufsbildende Schulen und Hochschulen. Primäre Aufgabe für die Stadt ist dabei, für Qualitätssicherung und Transparenz auf dem Markt für Weiterbildung zu sorgen, die Standards festzulegen und kontinuierlich zu überprüfen, über Angebote und Standards zu informieren und die bundes- und europaweite Vergleichbarkeit von Prüfungen und Abschlüssen zu gewährleisten.

Zugleich stellt sich die Aufgabe, für einen **gerechten Zugang zu den Weiterbildungs-**

angeboten zu sorgen. Wir wollen die Ansätze aktueller europäischer Bildungspolitik zur Herstellung von Anschlussfähigkeit und Mobilität nutzen, um die Weiterbildung mit den Hochschulen zu verzahnen. Den Rahmen dafür bilden die europäischen Qualitäts- und Creditrahmen. Die Anrechnung und Anerkennung nicht-akademischer Leistungen durch Credits, erworben in Weiterbildungsinstitutionen und Berufsschulen, werden die Attraktivität der Weiterbildung deutlich verbessern.

Lebenslanges Lernen beinhaltet aber auch **politische Bildung**. In einer stetig komplexer werdenden Welt ist sie unerlässlich: Sie erläutert gesellschaftspolitische Zusammenhänge – von lokal bis global – macht sie verständlich und bietet den Raum zu kritischer Diskussion und Auseinandersetzung. Die Teilnehmenden der politischen Bildung werden im Idealfall zu politisch denkenden und handelnden StaatsbürgerInnen. Aufgabe der Stadt Hamburg muss es daher sein, für ein vielfältiges und politisch plurales Bildungsangebot für Erwachsene zu sorgen und die Institutionen der politischen Bildung ausreichend zu fördern.

Wissenschaft und Forschung: Wegweiser für morgen

Der CDU-Senat hat für eine angeblich neue Hochschulpolitik eine Menge Vorschusslorbeeren bekommen. Die Bilanz nach sechs Jahren fällt ernüchternd aus: Der Zugang zu Hochschulbildung wird durch die Einführung von Studiengebühren und Verknappung von Studienplätzen erheblich erschwert. Nach langem Streit werden der Universität nun endlich die Masterkapazitäten zur Verfügung gestellt, die sie braucht, um überhaupt eine funktionierende Hochschule mit wissenschaftlichem Nachwuchs zu sein. Die Geringschätzung der Geisteswissenschaften setzt sich aber fort – dort können deutlich weniger Studierende einen Master machen als in den technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen. Die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen ist erheblich geschwächt worden, weil nun von der Wissenschaftsbehörde bestimmte »Expertinnen und Experten« statt der Hochschulangehörigen das letzte Wort haben. Statt die öffentlichen Hochschulen zu stärken, wurden kleine Hochschulen wie beispielsweise die Polizeihochschule, die Hochschule für Finanzen oder die Hamburg Multimedia School gegründet. Diese haben nicht die notwendige Größe für exzellente Forschung und interdisziplinäre Lehre. Obwohl uns Senator Dräger mit vielen Power-Point-Folien und Anglizismen etwas anderes glauben machen wollte: Diese Maßnahmen haben Hamburgs Hochschulen nicht vorangebracht. Beim bundesweiten Wettbewerb um Mittel im Rahmen der Exzellenzinitiative für herausragende Forschung landeten Hamburgs Hochschulen hinten. Hamburg bildet zu wenige und nicht zu viele Studierende aus. Im Vergleich zu anderen deutschen Städten

ist der Anteil der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss besonders gering.

Der Zugang zu höherer Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen deswegen die **Studiengebühren wieder abschaffen**. Durch die Studiengebühren wird eine zusätzliche soziale Hürde vor das Studium gesetzt. Gleichzeitig ist nicht gewährleistet, dass die Gebühren gezielt zur Verbesserung der Qualität des Studiums ausgegeben werden können. Der offene Hochschulzugang nach dem Modell der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) soll erhalten bleiben und ausgebaut werden. Es ist unser Ziel, die **Zahl der HochschulabsolventInnen zu steigern**. Für die doppelten Abiturjahrgänge müssen zusätzliche Studienplätze zur Verfügung gestellt werden. Die vom Senat vorgesehene Anzahl der Masterstudienplätze ist unzureichend und führt dazu, dass gerade in kleineren Fächern keine Masterstudiengänge geschaffen werden können. Stattdessen muss es ausreichende Plätze für Masterstudiengänge in allen Fachrichtungen geben, die Möglichkeit eines Fachwechsels erhalten bleiben und ein fächerübergreifender Master eingeführt werden.

Die Stadt Hamburg bleibt als Stadt der Wissenschaften unter ihren Möglichkeiten und unter den Anforderungen, die eine norddeutsche und nordeuropäische Metropole heute erfüllen muss. Das ist fatal, denn Wissenschaft und Forschung sind im Zeitalter der Globalisierung zentrale Merkmale einer zukunftsfähigen Stadt. Hamburgs Hochschulen spielen beim Wettbewerb um Exzellenz derzeit kaum eine Rolle. Spitzenforschung findet in Hamburg nur selten statt: Die besten Forscherinnen und For-

scher, öffentliches und privates Fördergeld gehen bevorzugt dahin, wo schon eine reiche Forschungslandschaft lockt. Hinzu kommt, dass die Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Wissenschaften in Hamburg seltener und lockerer ist als in vielen anderen Hochschulorten, vor allem in Süddeutschland. Hamburgs Hochschulen sind nur unterdurchschnittlich erfolgreich bei der Einwerbung von Drittmitteln.

Wir brauchen eine langfristig angelegte Strategie zur Entwicklung von **Exzellenz an Hamburgs Hochschulen**. Junge, kreative Talente sowie Forscherinnen und Forscher müssen es attraktiv finden, nach Hamburg zu kommen, und Hamburgs eigener Nachwuchs muss verbesserte Chancen für Studium und Forschung vorfinden. Zentrales Mittel unserer Politik soll dabei die **Einrichtung einer Wissenschaftsstiftung** sein, deren Grundstock aus den Steuermehreinnahmen der kommenden Jahre finanziert wird. Dadurch bleiben die Steuermehreinnahmen der Stadt als Vermögen erhalten und eröffnen gleichzeitig den Hochschulen neue Perspektiven. Wir wollen so ein Stiftungsvermögen von einer Milliarde Euro aufbauen, aus dessen Erträgen fortlaufend und verlässlich Forschung finanziert wird. Sie fördert Programme und Projekte aus den Bereichen Wissenschaft und Forschung mit einem Schwerpunkt im Bereich problem- und anwendungsorientierter Forschung insbesondere für die norddeutsche Region. Sie legt eigene Förderschwerpunkte fest, zum Beispiel Klimaforschung, Klimafolgenforschung, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Die Stiftung soll nicht isoliert auf Forschung orientiert sein, sondern in den Forschungsprojekten insbesondere die **Verbindung von Forschung und Lehre fördern**. Dies ermöglicht den Studie-

renden, forschend lernen zu können, fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs und setzt Anregungen aus der Lehre für die Forschung.

Zusätzliche Mittel sind aber nur sinnvoll, wenn zunächst die Hochschulen ihre Kompetenzen optimal koordinieren und bündeln. Deshalb sollte die Wissenschaftsstiftung nicht nur zusätzliche Mittel vergeben. Sie soll außerdem international sichtbare Profildomänen in der Grundlagenforschung identifizieren, in allen Forschungsbereichen die Netzwerkbildung zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen voranbringen und auch kleinen und mittleren Unternehmen, Nicht-Regierungsorganisationen und Initiativen den Zugang zu Hochschulforschung und Entwicklungsarbeit ermöglichen.

Exzellenz wird sich nicht allein durch kurzfristige Maßnahmen erreichen lassen. Es braucht einen langfristigen Aufbau von herausragendem wissenschaftlichem Potenzial. Dies wird nicht gelingen, wenn die **Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses** erst im Postgraduiertenbereich ernst genommen wird. Deswegen ist die Investition in eine qualitativ hochwertige Lehre Voraussetzung dafür, dass Hamburg auf breiter Ebene aufschließt. Wir wollen deswegen, dass Hamburg sich für eine bundesweite Exzellenzinitiative für herausragende Lehre einsetzt und gleichzeitig selbst eine **Qualitätsoffensive für gute Lehre** startet. Die Qualitätsoffensive besteht aus zwei Säulen. In der einen Säule treten die Hochschulen miteinander in einen Wettbewerb um Mittel, in der anderen entscheiden die Studierenden durch ihre Wahlen selbst, für welche Lehrveranstaltungen, Projekte oder zentrale Einrichtungen zusätzliche Mittel vergeben werden.

3. Hamburg hält zusammen: Soziales und Arbeit in der kreativen Stadt

Hamburg ist nicht nur eine der reichsten Städte Deutschlands, sondern gleichzeitig die Stadt mit der größten sozialen Spaltung. In der »wachsenden Stadt« wächst auch die Zahl der Menschen, die vom gesellschaftlichen Wohlstand ausgeschlossen sind. Dabei ist Armut nicht nur ein materielles Problem, sondern bedeutet häufig sozialen Ausschluss. Wer lange Zeit ohne Arbeit ist, der verliert schnell auch das Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe. Diese Ausgrenzung trifft Frauen, Kinder und Jugendliche aus armen Familien besonders schwer. Nachweislich haben arme Kinder in Deutschland geringere Bildungschancen und einen schlechteren Gesundheitszustand. Besonders betroffen vom Anstieg der Armut sind Menschen mit Migrationshintergrund – mit anderen Worten jeder und jede Vierte in Hamburg. Die Arbeitslosenquote bei MigrantInnen ist doppelt so hoch wie beim Durchschnitt der Bevölkerung. Migrantinnen und Migranten haben schlechtere Bildungs- und Beteiligungschancen und damit ungünstigere Ausgangsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Auch die Gesundheitssituation der Menschen, die in den benachteiligten Quartieren leben, verschlechtert sich, eklatante Fälle der Verwahrlosung sind nur die Spitze des Eisbergs. Wer arm ist, hat eine stark verkürzte Lebenserwartung, die Kindersterblichkeit liegt höher, Essstörungen und Übergewicht bei Kindern treten häufiger auf.

Wenn sich Armut verfestigt und in bestimmten Vierteln ballt, es also zur »sozialen Spaltung« der Stadt kommt, birgt das erhebliche Risiken für die gesamte Stadt. Die Armut konzentriert sich zunehmend in

bestimmten Vierteln am Rande der Stadt, die aus der Wahrnehmung zu entschwinden drohen. Diese Stadtteile sind zusätzlich geprägt von fehlender sozialer Infrastruktur, Bildungs- und Kulturangeboten, Versorgungseinrichtungen sowie einer schlechten Erreichbarkeit durch den öffentlichen Nahverkehr. All diese Faktoren verstärken die Benachteiligung noch weiter.

Armut und Arbeitslosigkeit sind nicht erst unter dem CDU-Senat entstanden. Aber dieser Senat hat jahrelang genau das Gegenteil dessen getan, was nötig gewesen wäre, um die soziale Spaltung zu bekämpfen: Die Mittel für die Soziale Stadtentwicklung in Sanierungs- und Stadtentwicklungsgebieten wurden seit 2001 um mehr als ein Drittel gekürzt. Die programmatische Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik und Armutsbekämpfung in den Stadtteilen wurde ebenso aufgegeben wie die besondere Förderung benachteiligter Zielgruppen. Gerade bei den Kita-Plätzen hat sich die Versorgung in den sozialen Brennpunkten im Vergleich zu den übrigen Stadtteilen in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Die Ganztagsbetreuung der 3- bis 6-Jährigen ist im Zeitraum 2002 bis 2005 in den benachteiligten Stadtteilen um ein Drittel zurückgegangen. Die Benachteiligung erwerbsloser Eltern im Kita-Bereich, beim Büchergeld in den Schulen, ein unzureichendes Ganztagsangebot sind weitere Beispiele für eine Senats-Politik, die die Lebenslagen vieler Menschen dieser Stadt ignoriert. Die Opfer der Kürzungen des Senats sind vor allem Kinder, Menschen mit Behinderungen, alte Menschen und Personen, die auf Arbeitslosengeld oder So-

zialhilfe angewiesen sind. Streichungen beim Blindengeld, bei Migrationsberatung, bei Schuldnerberatung und die Abschaffung des HVV-Sozialtickets zeigen deutlich, in welch hohem Maße der Senat sozial benachteiligte Menschen vernachlässigt.

Das kurzfristig aufgelegte soziale Notprogramm des Senats wird zu keiner spürbaren Verbesserung führen. Denn von den 100 Millionen, die der Senat innerhalb von vier Jahren ausgeben will, sind allein 90 Millionen nötig, um die Klassenfrequenzen wieder auf das Niveau von 2001 zu senken – in der ganzen Stadt. Nur 10 Millionen sollen für Maßnahmen in sechs besonders be-

Spaltung der Stadt verhindern

Hamburg kann sich keine ausgeschlossenen Bereiche leisten, keine ethnischen oder kulturellen Barrieren zwischen Stadtteilen und auch keine Stadtteile, die massenhaft schlechte Bildungsergebnisse erzielen. Wir GRÜNE wollen die **abgehängten Stadtteile wieder an die Entwicklung der Gesamtstadt ankoppeln**. Diese Viertel brauchen einen großen Wurf statt kleiner Sprünge. Das lohnt sich, weil Hamburgs benachteiligte Stadtteile viel Potenzial haben – ihre Bewohnerinnen und Bewohner sind jung und international. Unser Programm legt den Schwerpunkt auf das Management des sozialen und wirtschaftlichen Wandels. Das staatliche Handeln in Wirtschaft und Arbeitsmarkt, in Bildung, Gesundheit und im sozialen Bereich soll auf lokaler Ebene gewinnbringend koordiniert werden. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit als eine der Hauptursache für Armut bekämpft und gleichzeitig mehr soziale Teilhabe der Menschen ermöglicht. Insgesamt wollen wir dafür jährlich mindestens 100 Millionen Euro

nachteiligte Stadtteile fließen, das ergibt pro Stadtteil auf zwei Jahre verteilt gerade einmal 1,5 Millionen. Und warum der Senat nur sechs Stadtteile fördern will, obwohl er selbst von 13 Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemen spricht, bleibt sein Geheimnis. Unverständlich ist auch, warum in diesen Vierteln keinerlei Maßnahmen geplant sind, um die Arbeitslosigkeit zu senken, den Hauptgrund für Armut. Nein, mit diesem unzureichenden Programm kann der CDU-Senat die soziale Spaltung nicht bekämpfen, damit kann er sich höchstens einen scheinbaren sozialen Anstrich kurz vor der Wahl geben.

investieren. Mit unserer Initiative »Viertel vor« setzen wir auf ein umfassendes Quartiersmanagement – gemeinsam mit den Menschen vor Ort und behördenübergreifend sollen **tragfähige Zukunftskonzepte für die Stadtteile** entstehen.

Entscheidender Hebel der Veränderung werden die Menschen in den Stadtvierteln selbst sein. Die BewohnerInnen, Gewerbetreibende, Initiativen und Institutionen erarbeiten vor Ort zusammen mit den QuartiersmanagerInnen tragfähige Zukunftskonzepte. Eine zentrale Rolle spielt dabei der **lokale Quartiersrat, der die Interessen der BewohnerInnen vertritt**. Er vergibt Mittel für kleinere lokale Initiativen aus dem Verfügungsfonds. Außerdem finden dort die entscheidenden Diskussionen über die Erstellung des Entwicklungskonzeptes und die laufende Umsetzung statt.

Mit der **»Hamburger Quartiersarbeit«** wollen wir zusätzliche und gemeinnützige Arbeit dort fördern, wo sie die soziale Stadtteilentwicklung mit der Arbeitsmarktpolitik

verknüpft. Damit verbessern wir die kulturelle und soziale Infrastruktur im Stadtteil und fördern **sinnvolle Beschäftigung, die Beteiligung ermöglicht und Isolation beendet**. Vorstellbar sind z. B. Tätigkeiten bei der Stadtteilzeitung, der Nachbarschafts- und Altenhilfe, in Schulküchen, Pfortnerlogen, Kultur- und Sportprojekten oder auf Spielplätzen und in öffentlichen Gärten. In den benachteiligten Stadtteilen können so rund 5.000 Beschäftigungsverhältnisse entstehen: freiwillig, zusätzlich, gemeinnützig – bezahlt aus Bundesmitteln, die schon heute Hamburg zur Integration von Arbeitslosen zur Verfügung stehen, aber nicht zielgerichtet eingesetzt werden.

Darüber hinaus wollen wir GRÜNE die **lokale Ökonomie stärken**: Lokale Wirtschaftsbüros unterstützen gezielt kleinere Unternehmen im Einzelhandel, im Handwerk und in der Gastronomie sowie ExistenzgründerInnen und UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund. Die lokale Wirtschaftsförderung berät und organisiert gemeinsame Marketing-Aktivitäten, stellt Kontakte her und unterstützt bei der Suche nach Gewerbeflächen. Ein Programm für Mini-Kredite soll Investitionen bei der Gründung oder bei der Übernahme und Modernisierung von Betrieben begünstigen. Lebendige aktive Stadtteilzentren zur Nahversorgung und als kultureller Mittelpunkt müssen dabei erhalten oder wieder neu entwickelt werden. Die Entwicklung von nichtintegrierten Einzelhandelsstandorten, die nur mit dem Auto zu erreichen sind, muss vermieden werden.

Talente fördern. Wir setzen bei der frühkindlichen Bildung an, um alle Talente in den Stadtteilen zu erreichen. Damit auch

die Eltern aktiv am Bildungsprozess ihrer Kinder in der Kita teilhaben können und selbst in der Wahrnehmung ihrer Erziehungs- und Bildungsverantwortung gestärkt werden, wollen wir Kitas nach dem Vorbild der englischen »Early Excellence Centres« zu Familienzentren weiterentwickeln. In den **Familienzentren** sollen Bildung und Erziehung der Kinder mit Beratungsangeboten für die Eltern verknüpft werden. Ebenso soll es möglich sein, wohnortnahe Schuldnerberatung und psychosoziale Beratung zu integrieren.

Von den Schulen in den besonders benachteiligten Vierteln soll zukünftig eine große Anziehungskraft ausgehen. Diese **»Magnetschulen« locken mit attraktiven Profilen** Schülerinnen und Schüler aus der ganzen Stadt an. Alle Schulen sind für den Stadtteil da: als Veranstaltungsraum, für Sport und Spiel am Abend oder für Beratungsangebote.

Bestehende soziale Einrichtungen und Angebote können sich unter einem Dach zu »sozialen Quartierszentren« zusammenschließen, um bekannter, besser erreichbar und leistungsfähiger zu werden. Das Zentrum ist der offene Treffpunkt für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels.

Kultur scheint im Hinblick auf die »benachteiligten« Stadtteile eine auf den ersten Blick untergeordnete Rolle zu spielen. Dabei eignen sich kulturelle Projekte, um neuen Sinn zu schaffen, Identität zu stärken und Gruppen zueinander zu bringen. Wir wollen in diesen Quartieren **vielfältige kulturelle Projekte initiieren**, damit die Bewohnerinnen und Bewohner sich und ihre Umgebung weiter entwickeln können.

Aktivierung durch Sport

Bei der Aktivierung der Viertel spielt auch der **Sport eine Schlüsselrolle**: Er ist wichtig für Gesundheit und Integration und kann einen Beitrag zu sozialem Lernen und Gewaltprävention leisten und zudem das Selbstbewusstsein der Kinder und Jugendlichen stärken.

Erschreckend viele Kinder leiden heute schon im Einschulungsalter unter Bewegungsmangel und haben Schwierigkeiten in ihrer körperlichen Koordination. In den Quartieren müssen deshalb die **Bewegungs- und Spielangebote verbessert** werden. Eine Möglichkeit dafür ist, die Anzahl von Bewegungskindergärten zu erhöhen. Die Vernetzung und Kooperation lokaler Sportvereine, Schulen, Jugendhilfe, Familienzentren und Quartiersmanagement soll vorangetrieben werden. Das geplante Talentsichtungsmodell an allen Hamburger Schulen muss in diesem Zusammenhang dringend dazu genutzt werden, allen Kindern ihren Voraussetzungen entsprechende Bewegungsangebote zu vermitteln, statt nur die besten 3 Prozent zu fördern. Außerdem muss die Nutzung von Schulhöfen und Schulsportanlagen außerhalb der Schulzeit wieder möglich sein. Darüber hinaus sollte erwogen werden, ob Sportvereine nicht auch vormittags Schulsportstätten nutzen können, die nicht von der Schule selbst genutzt werden. Zudem sind weitere **Freiflächen als Sport- und Spielräume** notwendig. Dabei muss besonders auf bedarfsgerechte

Angebote für Mädchen – insbesondere mit Migrationshintergrund – die von den herkömmlichen Sportangeboten oft nicht angesprochen werden, geachtet werden, damit die präventiven Wirkungen von Bewegung erzielt werden können.

Die allgemeine **Sportförderung** ist 2007 auf neue Beine gestellt worden. Ein festes Budget für Hamburger Sportbund und Hamburger Fußballverband und die Abkopplung von den Lotto/Toto-Einnahmen ist ein richtiger Schritt. Wir fordern aber, auf die in der Rahmenvereinbarung von 2005 vorgesehenen Kürzungen des Budgets des HSB zu verzichten. Der Breitensport darf nicht zwecks Finanzierung des Leistungssports ausgeblutet werden. Im Rahmen der Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit Hamburger Sportbund und Hamburger Fußballverband sollte auch eine bessere Vernetzung von Behinderten- und Rehabilitationssport und allgemeinem Sport ins Auge gefasst werden.

Auch aus grüner Perspektive soll Hamburg seine Türen für **Großsportereignisse** weiterhin offen halten, seien es Gay Games, Special Olympics oder eine Universiade. Voraussetzung muss allerdings sein, dass sie ein Höchstmaß ethischer Sauberkeit, Stichwort »Doping«, bieten und insbesondere ökologisch anspruchsvollen Kriterien, z. B. Klimaneutralität, Stand halten. So kann auch eine neue Chance für eine Olympiabewerbung eröffnet werden.

Soziale Teilhabe

Eine sozial nachhaltige Stadt muss sich um die Entfaltung der Möglichkeiten aller Einwohnerinnen und Einwohner kümmern – nicht nur um die Eliten.

Gegen Kinderarmut. In Hamburg lebt mittlerweile jedes vierte Kind in Armut. Kinder haben unter einer sozialen Ausgrenzung besonders zu leiden. Klassenfahrten, Wandertage, Schul- und Lernmaterialien werden bei den ALG II- Regelsätzen kaum berücksichtigt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das Land Hamburg den ALG II- und SozialhilfeempfängerInnen auch die **Kosten für die »kleinen Lehr- und Lernmittel«** wie etwa Schulranzen, Schreibmaterialien und Malutensilien **erstattet**. Ebenso sind vom Land Hamburg im Bedarfsfalle die Kosten für eintägige Klassenfahrten und Ausflüge zu übernehmen.

Kinder von ALG II- und SozialhilfeempfängerInnen sollen neben einer **kostenlosen Betreuung** auch ein **kostenfreies Mittagessen in Krippen, Kitas und Vorschulen** erhalten, ohne stigmatisiert oder zu AlmsenempfängerInnen gemacht zu werden. Soziale Teilhabe muss wieder vorrangiges Ziel einer engagierten Sozialpolitik sein. Wir wollen das HVV-Sozialticket wieder einführen, um die Mobilität sozial benachteiligter Menschen zu gewährleisten.

Aktive Wohnungspolitik für Hamburg

Der Hamburger Wohnungsmarkt gerät aus der Balance. Die Sozialwohnungsbestände werden rasant abgebaut, gleichzeitig entstehen zu wenige neue preisgünstige Wohnungen. In vielen innenstadtnahen Sanierungsgebieten, die in den letzten Jahren erfolgreich aufgewertet wurden, steigen die

Hartz IV zu einer armutsfesten Grund-sicherung für alle weiterentwickeln. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine deutliche Hebung der Hartz-IV-Sätze ein. Zudem wollen wir bei ALG-II-EmpfängerInnen einmalige Beihilfen für besondere Bedarfe wie etwa Brillen und Zahnersatz ermöglichen. ALG-II- und SozialhilfeempfängerInnen sollen nicht durch zusätzliche Kosten für die Gesundheit belastet werden. Deshalb sind sie von den Zuzahlungen bei Medikamenten und Arztbesuchen uneingeschränkt zu befreien.

Widersprüche oder Klagen gegen behördliche Bescheide, die Leistungen zum Lebensunterhalt herabsetzen oder entziehen, müssen aufschiebende Wirkung haben. Es ist den Hilfebedürftigen bei den ohnehin knappen Leistungen nicht zu zumuten, lang andauernde Kürzungen oder gar Streichungen zu überbrücken.

Gesetzlicher Mindestlohn. Um den Abwärtstrend im Niedriglohnbereich umzukehren und die Zahl der Beziehenden von ergänzenden Leistungen zum Lebensunterhalt zu senken, werden wir bundespolitische Initiativen ergreifen, die auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zielen.

Mieten rapide, was die dortige Bevölkerung zu vertreiben droht. Der Senat hat das städtische Wohnungsunternehmen Saga gezwungen, die GWG, ein anderes städtisches Wohnungsunternehmen, zu kaufen, um dem Senat die benötigten Mittel für den Hafenausbau zu verschaffen. Die Fol-

ge: Die Saga gehört zu den ersten, die in den betroffenen Vierteln die Mieten erhöhen, um den teuren Kaufpreis wieder reinzuholen. Gleichwohl tut der Senat nichts, um den preisgünstigen Wohnungsbau anzukurbeln, die galoppierende Mietentwicklung in der Innenstadt zu bremsen und der abzeichnenden Schiefelage des Hamburger Wohnungsmarktes zu begegnen.

Im Interesse einer sozial ausgewogenen Stadtentwicklung wollen wir GRÜNE eine aktive Wohnungspolitik einführen, die die **soziale Mischung der Stadtviertel erhält** und eine **angemessene Wohnungsversorgung für einkommensschwache** und benachteiligte **Gruppen** sichert, auch und gerade in der inneren Stadt. Dafür müssen einige Weichen neu gestellt werden. In denjenigen Gebieten, in denen signifikante Umwandlungs- und Aufwertungstendenzen beobachtbar sind, sollen soziale Erhaltungsverordnungen (und Umwandlungsverordnungen) erlassen werden. Treuhandbestände in Sanierungsgebieten sollen nach Abschluss der Sanierung nicht profitorientiert verwertet, sondern entweder in städtischer Hand bleiben oder an Mietergenossenschaften privatisiert oder im Einzelfall an die Mieterinnen und Mieter verkauft werden.

Mit der Berücksichtigung grüner Kriterien bei der Berechnung des Hamburger Mietenspiegels sollen zukünftig Kriterien wie die Energieeffizienz des Gebäudes, aber auch qualitative Aspekte der Wohnlage (Nähe zu Grünflächen, Kinderspielflächen oder ÖPNV) ein größeres Gewicht erhalten. Wir wollen einen **»Ökologischen Mietenspiegel«** erarbeiten und schnell einführen.

Baugemeinschaften und **genossenschaftliche Wohnungsbaunternehmen** haben einen stabilisierenden Einfluss auf den Wohnungsmarkt und einen besonderen so-

zialen und ökologischen Anspruch. Wir wollen diese Bauformen deshalb massiv stärken und zu einer festen Größe in Hamburg machen: Unser Ziel ist es, dass zukünftig 20 Prozent aller Wohnungsneubauten auf städtischen Flächen von Baugemeinschaften und Genossenschaften errichtet werden.

Die städtischen Wohnungsunternehmen sollen sich bei der Vermietung von Wohnraum in innerstädtischen Gebieten am Mittelwert des jeweiligen Mietenspiegelfeldes orientieren und wieder **mehr Sozialwohnungen bauen**. Der Verkauf städtischer Grundstücke in sozial stabilen Quartieren soll mit der Verpflichtung verbunden werden, einen Anteil an Sozialwohnungen zu bauen.

Bei Fällen absehbarer Immobilienspekulation in Sanierungs- und Erhaltungsgebieten soll das städtische Vorkaufsrecht ausgeübt werden, mit dem Ziel, die angekauften Wohnimmobilien so bald wie möglich sozialverträglich (z. B. an Genossenschaften) zu reprivatisieren. Bei der Veräußerung städtischer Grundstücke und Immobilien in innerstädtischen Gebieten soll nicht das höchste Gebot, sondern das für eine **nachhaltige Quartiersentwicklung** beste Konzept den Ausschlag geben, insbesondere solche, die geförderten Wohnungsbau, genossenschaftliche Neubauten sowie Projekte für benachteiligte Gruppen beinhalten. Es sollen gezielt Förderkontingente für einzelne Quartiere und Wohnungstypen (z. B.: barrierefreie Wohnungen, große Wohnungen) festgesetzt werden, um auf Angebotslücken zu reagieren.

Niemand muss in Hamburg auf der Straße schlafen, sagt die Sozialsenatorin, aber die Realität sieht anders aus! Um Abhilfe zu schaffen, dürfen **Obdachloseinrichtungen** keine abschreckenden Massenunter-

künfte bleiben, sondern müssen **kleinteilige und regional verteilte Einrichtungen** werden. Ob als Containerdorf oder als Wohngemeinschaft, wichtig ist, dass jeder und jede ein eigenes abschließbares Zimmer hat, in dem festes Wohnen wieder erlernt wird. Diese Einrichtungen sollen aber keine Dauerunterkünfte werden. Ziel muss die Weitervermittlung in den eigenen Wohnraum, wenn nötig mit weitergehender Begleitung gegen erneuten Wohnungsverlust, sein. Um Wohnungsverlust generell besser vorzubeugen, muss die aufsuchende Hilfe zur Wohnungssicherung weiter ausgebaut werden.

Hafencity. Wir wollen die Hafencity zu einem lebendigen, zukunftsgerichteten Stadtteil für alle Hamburgerinnen und Hamburger machen. Mit Sicherheit wird die Hafencity wegen ihrer einmaligen Lage und der vielen Kultureinrichtungen und Attraktionen ein Magnet für Menschen aus Hamburg und aller Welt werden. Allerdings sieht es gegenwärtig so aus, dass es sich nur sehr wenige leisten können, dort zu wohnen. Damit die Hafencity kein kinderloses »Ghetto für Reiche« wird, müssen dort **mehr Wohnungen** gebaut werden, die sich auch Normalverdienende und Familien leisten können. Die Chance, die die Entwicklung des Wohngebietes um den Lohsepark in den nächsten Jahren dazu bietet, wollen wir nutzen. Großprojekte wie die von privaten Investoren geplante »Living Bridge«, die die Hafencity zerschneiden würde wie eine Mauer, lehnen wir ab.

Die Hafencity bietet auch eine riesige Chance für den ökologischen Neubau eines Stadtteils. Obwohl der Senat hier jahrelang geschlafen hat, ist es dafür noch nicht zu spät. Vor allem durch unseren Antrieb gibt

es positive Ansätze wie die neue Hafencity Universität, die neue Greenpeace-Zentrale und Wohnprojekte wie die »Hafenliebe«.

Diese Ansätze müssen wir ausbauen, damit die Hafencity zu einem **Modellstadtteil für nachhaltige Stadtentwicklung** im 21. Jahrhundert wird, mit lebendigen und durchmischten Quartieren, jeder Menge Passivhäusern und Solardächern und einer Energieversorgung aus regenerativer Kraft-Wärmekopplung.

Sprung über die Elbe. Der Sprung über die Elbe ist für die nächste Dekade die zentrale Stadtentwicklungsstrategie Hamburgs. Nicht der Senat hat diese Strategie erfunden, wir haben mit der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg die entscheidenden Weichen gestellt. Mit dem Sprung über die Elbe erschließt sich Hamburg gewaltige Entwicklungspotenziale im Herzen der Stadt. Die Internationale Bauausstellung und die Internationale Gartenschau 2013 geben dem Projekt zusätzlichen Schub. Wir begrüßen, dass die »Stadt im Klimawandel« nun ein Kernthema der IBA ist, so wie wir es schon 2005 gefordert haben. Aber diese Umstrukturierung birgt auch Herausforderungen und Risiken. Wir wollen nicht, dass die natürlichen Schönheiten der Elbinsel unter neuen Verkehrsstrassen, »Logistikparks« und geistlosen Einfamilienhaussiedlungen begraben werden. Entscheidend ist jedoch letztlich, dass die BewohnerInnen Wilhelmsburgs, vor allem die jungen Menschen und die MigrantInnen, von dieser Entwicklung profitieren, dass **Arbeit, Bildung und Lebensqualität in Wilhelmsburg zunehmen** und die Elbinsel aufblüht, damit das Projekt sich auch das Siegel sozialer Nachhaltigkeit verdienen kann.

Kinder- und Jugendhilfe

Kinder und Jugendliche benötigen nicht nur Schutz, sondern auch Entfaltungsräume. Sie haben ein Recht auf ausreichende, **bedarfsgerechte und vielfältige Freizeit- und Unterstützungsangebote** neben Kita, Schule und Elternhaus, deren Inhalte sie selbst mitgestalten können.

Um dies gewährleisten zu können, muss sich die Kinder- und Jugendhilfe sowohl inhaltlich als auch finanziell stärker an den Bedürfnissen und den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen ausrichten. Grundlage jeder Jugendhilfeplanung müssen fundierte Berichte über die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen sein. Neben geschlechtsspezifischen Angeboten für Mädchen wollen wir stärker als bisher Angebote zur Jungenarbeit fördern und Rahmenbedingungen schaffen, die den fachlichen Austausch der verschiedenen Akteure in diesem Feld befördern. Neben der Vielfalt der Angebote wollen wir eine Vielfalt der Trägerschaft in der Jugendhilfe sichern.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit besitzt als eigenständiges Arbeitsfeld der Jugendhilfe einen hohen Stellenwert. Wir GRÜNE wollen die **Eigenständigkeit der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sichern**, indem wir sie mit ausreichenden Ressourcen ausstatten und durch verbindliche Qualitätsstandards absichern.

Die Allgemeinen Sozialen Dienste sind die zentralen Anlaufstellen bei Verletzungen des Kindeswohls und bei Problemen von Familien. Um die Qualität der Beratung zu verbessern, müssen die vorhandenen Stellen besetzt sein und der jeweilige Bedarf

muss in den Bezirken überprüft und angepasst werden. Die Allgemeinen Sozialen Dienste sollen wieder aktive Quartiersarbeit leisten und **Familien niedrigschwellig beraten** können. Säuglingserstbesuche sollen wiedereingeführt und regelhaft durch Familienhebammen und Mitarbeiter der Allgemeinen Sozialen Dienste durchgeführt werden.

Darüber hinaus wollen wir die **aufsuchende Arbeit in der Jugendhilfe stärken** und die Straßensozialarbeit finanziell besser ausstatten. Die Kinder- und Jugendarbeit leistet mit ihren vielfältigen, für alle zugänglichen Angeboten einen wichtigen Beitrag zur Förderung junger Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung. Im Zuge der Ganztagschulentwicklung wollen wir die Zusammenarbeit von Fachkräften der Jugendhilfe und LehrerInnen, um die bestmögliche Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten. Kooperation braucht qualifiziertes Personal, Kontinuität und ausreichende finanzielle Ressourcen. Sie kann nur gelingen, wenn die beteiligten Institutionen »auf gleicher Augenhöhe« kooperieren.

Wir wollen die **Geschlossene Unterbringung** für straffällige und gefährdete Kinder und Jugendliche **abschaffen** und durch eine verbindliche Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch qualifizierte Fachkräfte in Jugendwohngruppen ersetzen. Die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen der Jugendhilfe, der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Schulen und der Polizei soll durch ein verbindliches Fallmanagement verbessert werden.

Den demografischen Wandel gestalten

Geburtenrückgang, mehr alte Menschen, Zuwanderung: Unsere Gesellschaft wird sich in den kommenden Jahrzehnten tiefgreifend verändern. In Hamburg leben heute knapp 300.000 Menschen über 65 Jahre. In zehn Jahren werden es rund 325.000 sein, mehr als ein Sechstel der Bevölkerung. Die zahlenmäßig am stärksten wachsende Gruppe ist die der Hochbetagten. Wir wollen heute die Chance ergreifen, die Veränderungen, die der demografische Wandel mit sich bringen wird, zu gestalten. Dabei ist unser Ziel eine soziale und solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen ein **selbstbestimmtes Leben** führen können – unabhängig davon, wie alt sie sind.

Wir wollen den Rahmen schaffen, der es den Menschen ermöglicht, Arbeitszeit, Familienzeit und Freizeit anders auf ihr Leben zu verteilen. Wir nennen das »neue Lebenszeitpolitik«. Dazu wollen wir die heute für viele sehr intensive Lebenszeit zwischen 20 und 35 Jahren, in die oft Ausbildung, Familiengründung und Einstieg in die berufliche Karriere fällt, entspannen. Wir brauchen deshalb eine **flexible Arbeitszeitpolitik, Arbeitszeitkonten, Zeit und Unterstützung für Weiterbildung** und berufliche Neuorientierung, für gesellschaftliches Engagement und Familienarbeit.

Aktiv älter werden. Das Wissen und die Erfahrung, die Zeit und die Kompetenz der Älteren sind ein Potenzial, auf das wir weder in der Erwerbsarbeit noch in der Gesellschaft verzichten können. Wenn der Anteil der Jüngeren zurückgeht, sind wir auf die Erfahrungen der Älteren länger angewiesen. Es ist deshalb wichtig, die Beschäftigungsfähigkeit Älterer zu erhalten und Anreize zum frühzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben abzubauen. Dazu wollen wir

neue Wege in der Weiterbildung und für das lebenslange Lernen etablieren.

Immer mehr Menschen möchten ihren **Ruhestand aktiv gestalten** und sind bereit, sich gesellschaftlich zu engagieren. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt besser fördern. Dazu muss es Möglichkeiten der Kostenerstattung geben. Ehrenamtliche Tätigkeit beugt auch der Vereinsamung vor, unter der viele alte Menschen leiden und die sie krank macht. Wir wollen die Nachbarschaftshilfe ausbauen und dabei besonders die »jungen Alten« ansprechen. Unerlässlich sind Ausbau und Förderung von alternativen Wohnformen und Mehrgenerationenhäusern. **Barrierefreiheit ist Voraussetzung für Teilhabe**, daher muss der Nachfrage ein entsprechendes Angebot an barrierefreiem Wohnraum gegenüberstehen. Der Zugang zu U- und S-Bahnen muss endlich barrierefrei werden. Beleuchtung, Bänke und barrierefreie Toiletten im öffentlichen Raum sind den Wünschen der älter werdenden Gesellschaft anzupassen. Dies ist nicht nur für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung von Vorteil, sondern ermöglicht auch anderen bewegungseingeschränkten Personen, wie z. B. Eltern mit Kleinkindern, die Stadt besser zu nutzen.

Pflege menschenwürdig gestalten. Durch eine Verbesserung der ambulanten Versorgung von pflegebedürftigen und demenzkranken Menschen wollen wir Hei-munterbringungen vermeiden. Denn die meisten alten Menschen haben den Wunsch, möglichst lange in der eigenen Wohnung ein selbstständiges Leben zu führen und auch dort zu sterben. Dies ist möglich, wenn familiäre und ehrenamtliche Hilfen mit den ambulanten Pflegediensten gut

zusammenwirken. Wenn eine stationäre Pflege dennoch nötig wird, soll diese im vertrauten Viertel erfolgen. Für demenzkranke Menschen, die so verwirrt sind, dass sie nicht mehr alleine in ihrer Wohnung bleiben können und deren häusliche Versorgung die Angehörigen überfordert, sind Wohngemeinschaften mit professioneller Betreuung rund um die Uhr eine gute Alternative. Für pflegebedürftige und demenzkranke MigrantInnen müssen Einrichtungen geschaffen werden, in denen sie auch in ihrer Muttersprache betreut werden können. Die letzte Lebensphase vor dem Tod darf im Viertel nicht ausgespart bleiben. Der Hospizgedanke muss in Heimen Einzug halten. Auch im ambulanten Bereich der Pflege muss es einen Ausbau bei der Betreuung von Sterbenden und ihren Angehörigen geben.

Der Pflegebegriff muss endlich den Pflege- und Betreuungsbedarf insgesamt und nicht nur körperliche Verrichtungen in den Blick nehmen. Weil die meisten Menschen länger zu Hause bleiben möchten, müssen wir mehr für **Vorbeugung und Rehabilitation** tun und die **ambulante Pflege inhaltlich und finanziell stärken**. Die Pflegeeinrichtungen müssen offenlegen, welche Preise sie für welche Leistung verlangen. Zudem brauchen wir mehr Beratung über Qualität der Pflege und Leistungsansprüche, und der Pflegeberuf muss weiterentwickelt werden. Auf Bundesebene fordern wir dafür die Reform der Pflegeversicherung – finanziert durch die Bürgerversicherung und die Einführung einer Pflegezeit. Das nach der Föderalismusreform in Länderkompetenz übergegangene Heimrecht

muss an neue inhaltlich Anforderungen und die Herausforderungen des demografischen Wandels angepasst werden. Die Länder sehen wir in der Pflicht, bundesweit vergleichbare neue Standards zu schaffen. Auf Landesebene schlagen wir deshalb ein Gesetz zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern mit Behinderung und Pflegebedarf in allen Wohnformen vor. Wir wollen darin den rechtlichen Rahmen schaffen zum Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur, die jedem Menschen mit Unterstützungsbedarf eine qualitativ hochwertige fachliche Begleitung und Hilfe garantiert, ihm individuelle Lösungen seiner Betreuungs- und Pflegesituation ermöglicht und eine vielfältige Angebotsstruktur entstehen lässt, die Wahlfreiheit bei diesem Hilfemix ermöglicht. Pflege- und Wohnqualität nach Kassenlage wollen wir entgegenwirken. Dafür sind einheitliche mit anderen Ländern abgestimmte Regelungen sinnvoll.

Zwar ist das Armutsrisiko von Kindern erheblich höher als das von Erwachsenen, aber auch die **Altersarmut** steigt, und wir müssen dafür Sorge tragen, dass Ausschluss und Vereinsamung entgegengewirkt wird. In den Stadtteilen wollen wir deshalb kostenfreie Angebote für die Beteiligung an sozialen Dienstleistungen stärken und zusätzliche neu etablieren. Ein weiterer Hebel gegen Altersarmut ist unsere Forderung nach einer Anhebung der Regelsätze. Dies käme nicht nur Hartz-IV-EmpfängerInnen zugute, sondern würde ebenso zu höheren Leistungen der Grundsicherung im Alter führen.

Gesundheit

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit, sie ist körperliches, geistiges und seelisches Wohlbefinden. Viele Lebensumstände, gerade in belasteten Stadtteilen, gefährden die Gesundheit und fördern Krankheiten. Dazu gehören Geldsorgen, Arbeitslosigkeit, beengte Wohnverhältnisse, Lärm, eintönige oder harte körperliche Arbeit, Gewalt, hoher Alkohol- und Tabakkonsum, einseitige Ernährung, Bewegungsmangel, Einsamkeit, psychische Belastungen und mangelnde Bildung. Bei so vielen und verschiedenen Ursachen gibt es nicht eine einzelne Lösung, **Gesundheitsförderung** muss stattdessen in jedes Quartiersmanagement integriert werden.

Die **gesunde Entwicklung der Kinder** wollen wir nicht nur durch eine bessere Beratung der Eltern in den Kitas und Familienzentren fördern, sondern auch durch ein gesundes, erschwingliches Essen und viel Bewegung im Freien in den Kitas und Schulen. Mehr professionelle Beachtung müssen dort psychische Auffälligkeiten und Suchtprobleme in den Familien finden, damit die Hilfen rechtzeitig einsetzen und die überforderten Kinder nicht selbst krank werden. Gefährdete Kinder werden wir durch ein **»Netzwerk Kindeswohl«** auffangen, in dem alle, die mit dem jeweiligen Kind zu tun haben, zum Fallmanagement beitragen. Für Kinder süchtiger und psychisch kranker Eltern gibt es in Hamburg noch zu wenig Hilfsangebote, das werden wir ändern.

Migrantinnen und Migranten ist der Zugang zum Vorsorge- und Versorgungsangebot darüber hinaus durch fehlende muttersprachliche Informationen und kulturell anders geprägte Vorstellungen vom Umgang mit Krankheit und Therapie erschwert. Geschulte Frauen und Männer mit

Migrationshintergrund können hier eine wichtige Vermittlungsfunktion übernehmen, die wir finanziell durch Stadt und Krankenkassen absichern wollen (z. B. im Rahmen der Projekte MiMi – Mit Migranten für Migranten – und Gesundheitslotsen).

Die Verbesserung der **Versorgung psychisch kranker Menschen** ist ein Kernanliegen Grüner Gesundheitspolitik. Weil die Krankenkassen immer noch nicht für die Refinanzierung notwendiger außerklinischer Versorgungsstrukturen und für die psychosoziale Betreuung aufkommen, ist dies Aufgabe des Sozialhilfeträgers und liegt damit in der Verantwortung des Senates. Die unter Rot-Grün begonnenen Strukturveränderungen hat der CDU-Senat verkümmern lassen mit der Folge, dass noch immer deutlich mehr als 400 chronisch psychisch kranke Menschen Eingliederungshilfe in Einrichtungen außerhalb Hamburgs erhalten. Die GAL wird dafür sorgen, dass hier endlich ein wirksamer Riegel vorge-schoben wird. Wir wollen, dass psychisch kranke Menschen **in ihrem Wohnumfeld die notwendige ambulante Hilfe** erhalten. Wir wollen ihre Abschiebung beenden und ihre Integration fördern.

Die **gesundheitliche Versorgung obdachloser Menschen** wollen wir durch aufsuchende Arbeit und Ambulanzen verbessern, in denen auch FachärztInnen tätig sind. Wir wollen stadtteilorientierte Ansätze der Gesundheitsförderung gezielt unterstützen.

Wir GRÜNE unterstützen die Gründung von Gesundheitszentren, in denen ambulante und stationäre Versorgung eng verzahnt sind. So wollen wir in unterversorgten Stadtteilen die gesundheitliche Vorsorge und Versorgung sicherstellen. Dabei sol-

len Angebote der Schul- und Alternativmedizin mit sozialen Institutionen und Selbsthilfegruppen vernetzt werden.

AIDS wirksam bekämpfen. Die Neuinfektionen mit HIV sind zwischen 2001 und 2006 um mehr als 130 Prozent gestiegen. Das ist eine Schande für Hamburg. Trotz gestiegener Infektionen mit sexuell übertragbaren Krankheiten bescheinigen Studien Jugendlichen große Wissenslücken in Bezug auf Risiken und Ansteckungswege. Immer mehr Menschen wissen nicht, dass sie infiziert sind. Bei einem positiven Testergebnis kann eine rechtzeitige Therapie Leben retten. Wir wollen Kampagnen für freiwillige HIV- und Hepatitis-Tests unterstützen. An den Schulen muss **Aufklärung über AIDS** wieder zur Regel werden. Die Schulen sollen dabei von externen Gruppen unterstützt werden. Die Kürzungen in der AIDS-Prävention müssen zurückgenommen und zusätzliche Mittel für den dringend nötigen Ausbau bereit gestellt werden. Wir wollen die Krankenkassen an der AIDS-Prävention beteiligen. Die Präventionsarbeit für Migrantinnen und Migranten muss noch zielgerichteter geleistet werden.

Drogen und Sucht. Der Konsum von Alkohol, Tabak, Medikamenten und illegalen Drogen ist gesellschaftliche Realität. Eine Fortentwicklung des Rechts im Bereich Drogen und Drogenhilfe auf Länderebene ist dringend geboten. Drogenabhängigkeit kann mit polizeilichen und justiziellen Mitteln nicht wirksam bekämpft werden. Partielle Legalisierung und/oder staatlich kontrollierte Drogenabgabe wollen wir unvoreingenommen prüfen. Hier kann sich für die Gesellschaft ein Weg öffnen, die **organisierte Drogen- und Beschaffungskriminalität effektiv zu bekämpfen**. Nötig ist auch die Anweisung an das Verkehrsamt, von der verfassungswidrigen Verwaltungs-

praxis abzusehen, Fahreignungsprüfungen aufgrund bloßen Besitzes von Cannabis anzuordnen.

Im Gegensatz zur allgemeinen Wahrnehmung ist Sucht kein Jugendproblem, sondern tritt in allen Altersgruppen auf. So sind Pflegedienste und -heime oft nicht ausreichend auf alte Menschen mit Alkohol- und Medikamentenabhängigkeiten vorbereitet. Hier sind Aufklärung und Fortbildungen für Pflegekräfte notwendig. Da Abstinenz nur für wenige Menschen ein realistischer Lebensentwurf ist, stellen wir **Risikominimierung und Suchtmittelkompetenz** in den Vordergrund unserer Politik. Ein Werbeverbot für alle psychoaktiven Substanzen inklusive Alkohol, Nikotin und Medikamente ist überfällig.

Wir unterstützen das **Pilotprojekt Drug-checking** für Hamburg. Durch die diskriminierungsfreie Überprüfung illegaler Partydrogen, wie z. B. Ecstasy, vor Ort, wird versucht, gesundheitliche Risiken des Konsums durch verunreinigte Drogen schnell zu minimieren. Durch die enge Verzahnung mit Musik- und Jugendkultur ist es außerdem möglich, jungen Menschen glaubwürdige Informationen über Gefahren und Alternativen jenseits des Suchtmittelkonsums zu geben.

Wir setzen uns für die **Weiterführung des Heroinmodells** und seine Übernahme in die krankenkassenfinanzierte Regelsversorgung ein. In Haftanstalten führen wir den Spritzentausch wieder ein und ermöglichen es jugendlichen und jungerwachsenden StraftäterInnen, ohne Wartezeit Kontakt zum Suchthilfesystem aufzunehmen.

Um Spielsüchtige und Jugendliche besser vor den Gefahren von Glücksspiel zu schützen, werden wir mit den AnbieterInnen effektive Kontrollen auch beim kleinen Glücksspiel vereinbaren.

Gesundheitsbranche als Arbeitgeberin

In Hamburg sind bereits 100.000 Menschen in der Gesundheitsbranche tätig – Tendenz steigend. Die Klagen von ÄrztInnen und Pflegekräften über zu viel bürokratische Arbeit und zu wenig Zeit für die menschliche Zuwendung sind berechtigt, und wir werden uns um Lösungen bemühen. Um der **Unterversorgung** mit FachärztInnen und PsychotherapeutInnen **in den ärmeren Stadtteilen**, (in denen es kaum PrivatpatientInnen gibt), **entgegen zu wirken**, streben wir an, die Möglichkeiten der Verlagerung von Kassenarztsitzen zu begrenzen. Insbesondere wollen wir das psychiatrische/psychotherapeutische Angebot für Kinder und Jugendliche in unterversorgten Stadtteilen ausbauen.

Um der Sprechblase des »Life Science« (Lebenswissenschaften)-Clusters endlich Leben einzuhauchen, bedarf es energischer Anstrengungen der Vernetzung vorhandenen Know-hows und der Förderung universitärer und gewerblicher Forschung, möglichst im Verbund.

LBK. Nur ein Jahr nach dem Mehrheitsverkauf des ehemaligen Landesbetriebs Krankenhäuser wird deutlich: Der Senat ist auf ganzer Linie gescheitert. Die Bürgerinnen und Bürger, die den Verkauf im Bürgerentscheid ablehnten, haben mit ihrer ge-

Beteiligung durch Arbeit fördern

Die Arbeitsmarktpolitik ist der finanzielle Steinbruch der Wirtschaftsbehörde. So wurden die stadteigenen Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik um mehr als zwei Drittel gesenkt und in Hafeninvestitionen umgelenkt. Der Senat konzentriert sich – trotz erwiesener Mängel – weiterhin einseitig auf die so genannten 1-Euro-Jobs. So liegt die Integrationsquote sehr niedrig und die Kri-

sunden Skepsis Recht behalten gegenüber der Privatisierungsideologie des CDU-Senates. Das Volk war schlauer als der Senat. Ein schlechteres Geschäft als beim Verkauf der Krankenhäuser hat kaum ein Senat zustande gebracht.

Alle Risiken des miserabel ausgehandelten Kaufvertrages, vor denen auch wir GRÜNEN von Anfang an gewarnt haben, sind eingetreten: Die Stadt hat die Krankenhäuser nicht nur für einen Apfel und ein Ei verschleudert, sondern musste mittlerweile mehrfach Millionen Euro an Asklepios nachzahlen. Und hunderte von Millionen Euro an Altschulden und Pensionsverpflichtungen drücken die Stadt immer noch. Nun trifft es auch die Beschäftigten. Der Senat lässt die 2.000 Rückkehrwilligen des LBK im Regen stehen. Sie haben noch immer keine Sicherheit, was mit ihnen passieren wird und ob alle einen Job im öffentlichen Dienst bekommen werden, wie versprochen. Und das obwohl der Senat schon seit Jahren wusste, dass er hierfür eine Antwort geben muss.

Wir fordern, dass der Senat seiner Verantwortung gerecht wird und auf Management und Mehrheitsgesellschafter einwirkt. Möglich ist das, da die Stadt noch mit 25 Prozent am LBK beteiligt ist und der zuständige Senator im Aufsichtsrat des LBK sitzt.

tik hinsichtlich der Fördervoraussetzungen und der Betreuungsqualität bleibt. Insbesondere die Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung wurden in Hamburg in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Großstädten überproportional gekürzt, vier von fünf Förderplätzen sind weggefallen.

Wir wollen die konjunkturelle Entwicklung nutzen, um strukturelle Probleme am

Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Eine **zielgruppenorientierte Förderung** und die Berücksichtigung der individuellen Voraussetzungen schaffen Chancen für die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. In einer Gesellschaft, die sich wesentlich über Erwerbsarbeit und die damit verbundene Beteiligung definiert, bedeutet Arbeitslosigkeit eine harte Ausgrenzung – mit entsprechenden gesamtgesellschaftlichen Folgen. Es muss deshalb auch darum gehen, zusätzliche Beschäftigung zu ermöglichen – anstatt auf staatlich verordnete Zwangsmaßnahmen zu setzen.

Wir wollen mehr in die **Weiterbildung** investieren. Denn lebenslanges Lernen ist die Voraussetzung, um auf Dauer am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Die Qualifizierung ist insbesondere in einer alternden Gesellschaft der wichtigste Hebel, um den Bedarf an Fachleuten abzudecken und die Chancen auf eine auskömmliche Arbeit für alle zu erhöhen. **Längerfristige Maßnahmen mit zertifizierten Abschlüssen** erhöhen die Beschäftigungswahrscheinlichkeit und sind standardisierten kurzen Trainings vorzuziehen. Wir wollen die Maßnahmen in enger Kooperation mit der Wirtschaft durchführen und erfolgsorientiert ausrichten. Zur Förderung der Zukunftsbranchen »Erneuerbare Energien und Energieeffizienz« soll der anstehende Fachkräftebedarf durch eine forcierte Ausbildungsförderung und die Installierung neuer Ausbildungsberufe in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer gesichert werden.

Um die **Angebote für Langzeitarbeitslose** mit besonderen Beschäftigungshemmnissen zu verbessern, wollen wir das derzeit ausschließlich für Menschen mit Behinderungen angewendete Instrument der »**Integrationsfirmen**« auf den arbeitsmarktpolitischen Bereich übertragen. Das schließt

nicht aus, dass die bisherigen Werkstätten für behinderte Menschen zu Integrationsfirmen umgewandelt werden können.

Dauerhafte Lohnzuwendungen müssen im Rahmen einer Initiative für den integrativen Arbeitsmarkt für bestimmte Personengruppen zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit die Zusammenführung von aktiven Mitteln der Arbeitsmarktpolitik und passiven Mitteln der Daseinsvorsorge zu einem Entgelt realisiert werden könnte. Hier braucht Hamburg mehr Mut und Entschlossenheit.

Die Zusammenarbeit der Stadt Hamburg mit der Agentur für Arbeit in der Hamburger ARGE weist große strukturelle Mängel auf. Zu zentralistische Vorgaben aus der Bundesagentur oder Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Trägern führen immer noch zu Blockaden und Unübersichtlichkeit. Leidtragende sind die Arbeitssuchenden, für die es in der Folge effektiv weniger Beratungs- und Fördermöglichkeiten gibt. Deshalb wollen wir die **Handlungsfreiheit der Hamburger ARGE stärken** durch die Individualisierung und Regionalisierung der Instrumente und Verfahren des zweiten Sozialgesetzbuches. Ebenso erforderlich sind die eigenverantwortliche Personalführung und die Kontrolle über das Eingliederungsbudget. Wir wollen, dass bei der Ausschreibung von Integrationsleistungen regionale Bedingungen stärker berücksichtigt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE müssen sich **Kenntnisse der Menschen und Strukturen vor Ort** erarbeiten, damit Chancen im Quartier erkannt werden und eine stärkere Vermittlung im Stadtteil möglich wird. Gelingt es nicht, mit der Struktur der ARGE diese Ziele zu erreichen, muss Hamburg zukünftig die Option für die alleinige Zuständigkeit übernehmen.

Frauenpolitik: Die Hälfte der Macht...

Sechs Jahre CDU-Senat zeigen ein düsteres Bild der Frauen- und Gleichstellungspolitik. Das Gerede des Senats über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entpuppte sich als reines Lippenbekenntnis. Es sind keinerlei ernsthafte Anstrengungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern erkennbar. Der Senat hat vielmehr Erfolge wieder zerschlagen.

Mit der Erwerbstätigkeit von Frauen geht es gemessen an internationalen Standards nicht voran und in Bezug auf Führungspositionen hinkt Hamburg sogar im Bundesvergleich hinterher. Kein Wunder, denn die gezielte Frauenförderung in der Arbeitsmarktpolitik wurde eingestellt. Häusliche Gewalt ist in Hamburg ein alltägliches Problem. Dennoch senkte der Senat die Ausgaben für die Hamburger Frauenhäuser und verringerte die Plätze.

Für uns GRÜNE gilt nach wie vor: Wir wollen **Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schaffen**. Das heißt: die Hälfte der Macht für Frauen und die Hälfte der Verantwortung für Männer. Arbeit und Kindererziehung sollen zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden. Um nicht nur die rechtliche, sondern auch die tatsächliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu erreichen, setzen wir auf eine Doppelstrategie: Zum einen soll in allen politischen Handlungsfeldern regelmäßig beobachtet werden, welche Folgen die jeweiligen Maßnahmen für Frauen bzw. für Männer haben (Gender Mainstreaming).

Zugleich soll die gezielte Förderung von Frauen und Mädchen bestehende Nachteile ausgleichen. Eine Stabstelle für Gender Mainstreaming bei der Senatskanzlei soll deutlich machen, dass dies eine Führungsaufgabe für alle Ebenen ist. In Hamburg leben mehr Frauen als Männer. Dennoch werden Wirtschaftswelt, Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auf den leitenden Ebenen nach wie vor von Männern dominiert. Immer noch sind Frauen in vielen Lebenslagen strukturell benachteiligt – ob aufgrund der häufig unsicheren Arbeitsverhältnisse, in denen sie ihr Geld verdienen müssen (Mini- oder Midijobs), oder weil Frauen in gleichen betrieblichen Positionen immer noch schlechter bezahlt werden als Männer. Wir wollen Strukturen verändern und Hemmnisse abbauen, damit Frauen wie Männer ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Zentrales Anliegen der Förderung von Gleichberechtigung muss sein, **Frauen eine eigene Existenzsicherung zu gewährleisten**.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Integration in den Arbeitsmarkt mit **wirtschaftlicher Sicherheit und Unabhängigkeit im Alter**. Die Erfahrungen mit der Hartz-Gesetzgebung und den sogenannten Bedarfsgemeinschaften haben jedoch gezeigt, dass das Gegenteil bewirkt wird. Frauen werden noch abhängiger vom Einkommen und Vermögen ihres Partners/Ehemanns. Wir werden uns für eine Bundesratsinitiative Hamburgs einsetzen, die darauf abzielt,

diesen Passus im Gesetz nachzubessern.

Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ist die **bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesplätzen**. Wichtige Impulse für eine Existenz sichernde Berufstätigkeit von Frauen wollen wir mit der **Gründung eines Interkulturellen Frauenwirtschaftszentrums** in Hamburg geben. Hier sollen Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen – ob Künstlerin, Designerin oder IT-Fachfrau, Migrantin oder nicht – Beratung, Vernetzung und Kooperation für die erfolgreiche Umsetzung ihrer Geschäftsideen finden.

Auch wenn Mädchen und Frauen inzwischen hervorragende Bildungsabschlüsse erreichen, verdienen sie nach wie vor weniger Geld und sind seltener in hochqualifizierten Berufen zu finden. Unser Ziel ist es, darauf hinzuwirken, dass Mädchen wie Jungen sich frei von Rollenklischees entwickeln und beispielsweise ihr Berufswahlspektrum erweitern.

Die Hamburger Hochschulen kranken immer noch an einem eklatanten Mangel an **Wissenschaftlerinnen in den Spitzenpositionen**. Wir wollen mehr Professorinnen, mehr Frauenförderprofessuren und mehr Frauen in naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen. Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen bieten eine ausgezeichnete Möglichkeit, das Erreichen festgelegter Quoten entsprechend zu belohnen. Auch die Aufsichtsräte der Hamburger Öffentlichen Unternehmen und die Gremien, die von Senat und Bürgerschaft zu besetzen

sind, leiden unter chronischem Frauenmangel. Eine geschlechtergerechte Aufsichtsrats- und Gremienbesetzung muss Selbstverständlichkeit werden.

Es ist uns wichtig, Sexarbeiterinnen dabei zu unterstützen, unter gewaltfreien und gewerberechtlich anerkannten Bedingungen zu arbeiten. Umstiegswillige müssen wirksame Angebote und Hilfen bekommen.

Gewalt gegen Frauen muss geächtet werden. Sie ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Verbrechen. Hilfe statt Häme für die Opfer solcher Gewalt muss selbstverständlich werden. Wir haben uns in der Vergangenheit u. a. erfolgreich für den Kampf gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution oder den Erhalt der Hamburger Frauenhäuser eingesetzt. Die Hilfen für Opfer müssen erhalten und verbessert werden. Migrantinnen und deren Kinder sind häufiger durch häusliche Gewalt, »Ehrenmorde« und Zwangsverheiratungen bedroht als der Rest der Bevölkerung. Dies sind Themen, die uns GRÜNE als Menschenrechtspartei im Spannungsfeld zwischen Familien-, Frauen- und Migrationspolitik besonders herausfordern. Wir wollen mit unseren Gesprächspartnern der muslimischen Verbände und Gemeinden alltagstaugliche Handlungskonzepte entwickeln, die – ohne zu stigmatisieren – den betroffenen Menschen helfen. Darüber hinaus fehlt ein abgestimmtes flächendeckendes Gewaltpräventionskonzept, das hilft, Gewalt gegen Frauen, Kinder und Minderheiten wirksam zu begegnen.

4. Eine Stadt für alle: Demokratie und Bürgerrechte stärken

Sechs Jahre CDU-Regierung haben der Demokratie und den Bürgerrechten in Hamburg schweren Schaden zugefügt. Der Se-

nat hat die Möglichkeiten der politischen Beteiligung massiv beschnitten und unsere Freiheitsrechte erheblich eingeschränkt.

Mehr direkte Demokratie

Der CDU-Senat hat die Volksentscheide zum Verkauf der städtischen Krankenhäuser und zum Wahlrecht missachtet. Er hat ein Wahlrecht beseitigt, durch das erstmals in der deutschen Geschichte ein Landesparlament gewählt worden wäre, in dem nicht allein die Parteien entscheiden, welche Abgeordneten den Sprung ins Parlament schaffen. Die Demontage der direkten Demokratie ist in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel. Deutlicher als die Hamburger CDU kann eine Regierungspartei nicht zum Ausdruck bringen, dass sie an der Meinung des Volkes nicht interessiert ist.

Direkte Demokratie schafft Vertrauen und ermutigt die Bürgerinnen und Bürger, sich in politische Entscheidungen einzumischen. Auch durch mehr Einfluss der Wählerinnen und Wähler auf die Zusammensetzung des Parlaments wird Distanz zur Politik abgebaut. Das erhöht die Identifikation mit politischen Entscheidungen und wirkt Politikverdrossenheit entgegen. Offenbar hat die CDU davor regelrecht Panik, denn sie wehrt sich mit allen Mitteln dagegen, dass die Parteien auch nur einen kleinen Teil ihres Einflusses an die Bürger zurückgeben.

Verbindliche Volksentscheide

Volksentscheide müssen in Hamburg verbindlich sein. Die Erfahrung mit der CDU

hat gezeigt, dass dies in der Verfassung abgesichert werden muss. Wir befürworten es, wenn eine realistische Möglichkeit geschaffen wird, durch Volksentscheide auch Änderungen an der Verfassung vorzunehmen. Es darf in der Praxis nicht ausschließlich dem Parlament vorbehalten sein, Verfassungsänderungen vorzunehmen.

Wahlrecht wieder ändern. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Wahlrecht wieder geändert wird. Die Änderung soll sich, so weit im Rahmen der Rechtsprechung des Hamburgischen Verfassungsgerichts möglich, eng an dem vom Volk beschlossenen Wahlrecht orientieren. Kernpunkt dabei ist, dass die Wählerinnen und Wähler nicht nur eine Wahlmöglichkeit zwischen den Parteien haben, sondern auch weitgehend darüber entscheiden können, durch welche Abgeordnete sie vertreten werden. Die Änderungen, die die CDU am Wahlrecht vorgenommen hat, belassen zwar den äußeren Rahmen des vom Volk beschlossenen Wahlrechts. Im Ergebnis steht aber trotzdem in den meisten Fällen bereits vor der Wahl fest, wer nachher im Parlament sitzt. So wird kein Anreiz gegeben, sich stärker um die Wählerinnen und Wähler zu bemühen. Genau das war aber der Sinn des vom Volk beschlossenen Wahlrechts.

Mehr Beteiligung im Bezirk

Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungen einbezogen werden, von denen sie unmittelbar vor Ort betroffen sind. Dazu sind zwei Schritte notwendig: **Mehr Kompetenzen für die Bezirke** und eine noch engere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen im Bezirk. Die Mitglieder der Bezirksversammlungen und deren Ausschüssen haben die anspruchsvolle Aufgabe, dies in der Praxis tatsächlich zu gewährleisten. Das gelingt durch die bürgerfreundliche Ausgestaltung der Sitzungen, den direkten Kontakt zu einzelnen Bürgerinnen und Bürgern und kreativere Planungs- und Entscheidungsprozesse. Die Bezirksversammlungen sollen deswegen durch fachliche Unterstützung und ein Budget die Möglichkeit erhalten, bedarfsweise Planungswerkstätten, Stadtteilbeiräte und ähnliches einzurichten.

Das alles geht allerdings ins Leere, wenn die Bezirke nicht umfassend über die Angelegenheiten vor Ort entscheiden können. Der CDU-Senat hat zwar einige Schritte in die richtige Richtung unternommen, ist aber auf halbem Wege stehen geblieben. Da gerade Fragen des Verkehrs vor Ort eine hohe Relevanz haben, muss es – abgesehen von den großen Durchgangsstraßen – auch Sache der Bezirke sein, im Einzelfall Verkehrsregelungen wie ein Halteverbot oder ein Tempolimit zu erlassen. Wir wollen prüfen, wo bei der Bezirksverwaltungsreform in diesem Sinne nachgesteuert werden muss.

Wir wollen, dass die Einführung des Wahlrechtes bereits ab 16 Jahren für die Bürgerschaft im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes geprüft wird. Besonders junge Menschen im

Bezirk wollen wir stärker einbeziehen: Deshalb fordern wir die **Herabsetzung des Wahlalters für die Bezirksversammlungen auf 16 Jahre** und die Einbeziehung junger Menschen in Planungsprozesse durch Jugendräte, Jugendparlamente und projektbezogene Beteiligung. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir als verbindliche Aufgabe in das Bezirksverwaltungsgesetz aufnehmen. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen wollen wir in die Hamburger Verfassung aufnehmen.

Die Abschaffung der Ortsämter hat dafür gesorgt, dass die Verwaltung in den Stadtteilen keine kompetenten Ansprechpartner und kein »menschliches Gesicht« mehr hat. Wir wollen das Bezirksverwaltungsgesetz dahingehend verändern, dass die sieben Bezirke **die Möglichkeit erhalten, Ortsämter wieder einrichten zu können**. Die Bezirksversammlungen wirken bei der Ernennung der Ortsamtsleiterinnen mit. Die Begrenzung der Anzahl der Regionalausschüsse je Bezirk wollen wir aufheben.

In der Leitung des Bezirksamts sollen künftig nicht nur die Bezirksamtsleiterin, sondern auch die DezernentInnen von der Bezirksversammlung als Beamte auf Zeit gewählt werden. Für Bezirksamtsleiterin und DezernentInnen soll die Amtszeit an die Wahlperiode der Bezirksversammlung gekoppelt werden.

Transparenz stärken – Korruption bekämpfen

Wir wollen die **Transparenzregelungen des Bundestages für die Bürgerschaft** übernehmen. Es soll nachvollziehbar werden, aus welchen Quellen Abgeordnete Einkünfte für berufliche oder andere Tätigkeiten bezieht. So werden Interessenkonflikte offen gelegt.

Einen wichtigen Beitrag zu Transparenz kann auch ein **Informationsfreiheitsgesetz (IFG)** leisten. Das von der CDU beschlossene IFG ist jedoch praktisch unanwendbar, weil es für fast jeden relevanten Fall eine Ausnahme von der Informationsfreiheit vorsieht. Stattdessen brauchen wir ein IFG, das effektive Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger vorsieht. Dabei dürfen auch die Kosten für Auskünfte keine unüberwindbaren Hürden darstellen.

Großer Schaden entsteht durch Wirtschaftskriminalität und Korruption. Der CDU-Senat hat diesen Bereich lange ignoriert. Die erfolgreiche Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität setzt neben der angemessenen Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden eine **aktive Präventionsarbeit** in Wirtschaft und Verwaltung voraus. Wir fordern daher, das Korruptionsregister wieder einzuführen.

Gegen Sekten: Aufklären und AussteigerInnen helfen. Von Sekten, die den Status Religionsgemeinschaft für sich beanspruchen, grenzen wir uns ab. Die Psychosekte Scientology setzt gegenwärtig zu einer Ausweitung ihrer Aktivitäten an. Für Menschen, die in ihre Fänge geraten, ist sie hochgefährlich. Wichtig ist deswegen eine möglichst breite Aufklärung und Hilfe für Aussteigerinnen und Aussteiger, wie sie die Hamburger Arbeitsgruppe Scientology in bundesweit beispielhafter Weise leistet.

Nazis bekämpfen

Hamburg ist keine Nazi-Hochburg und steht auch nicht kurz davor. Dennoch gibt es auch hier vielfältige rechtsextreme Akti-

vitäten, die unseren entschiedenen Widerstand erfordern. Besonders auffällig ist die steigende Zahl von Propagandadelikten und das martialische und offen volksverhetzende Auftreten rechter Gruppen und Parteien auf Demonstrationen. In einzelnen Stadtteilen haben sich rechtsextreme Szenen verfestigt, die gezielt ihre Gegner bedrohen.

Der CDU-Senat verhält sich passiv. Wir brauchen eine **Kultur des Hinschauens und Eingreifens**, die fremdenfeindlichen und rassistischen Tendenzen offen entgegen tritt. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus muss bereits in den Schulen und Jugendeinrichtungen beginnen und offensive Aufklärungsarbeit über politische Zusammenhänge und Zugänge in die rechte Szene z. B. über Musik, Kleidung, Sport beinhalten. Demokratieerziehung muss Hand in Hand gehen mit der entschiedenen und sofortigen Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen. Voraussetzung dafür ist, dass Pädagoginnen und Pädagogen und andere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Jugendarbeit verstärkt über Erscheinungs- und Aktionsformen Rechtsextremer und erfolgreiche Gegenstrategien geschult werden.

Hamburg muss sich aktiv an den existierenden Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus beteiligen, eigene Initiativen starten und zivilgesellschaftliche Initiativen unbürokratisch unterstützen. Wir wollen eine **Hamburger Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus** einrichten, die die Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus vernetzt.

Kriminalität bekämpfen, Bürgerrechte wahren

Das Verhältnis von Freiheitsrechten und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit ist aus dem Lot geraten. Durch eines der bundesweit repressivsten Polizeigesetze hat die Hamburger Polizei Befugnisse erhalten, die die Freiheitsrechte massiv einschränken. Es gehört inzwischen zur Realität in Hamburg, dass wartende Fahrgäste an einer Bushaltestelle eine Durchsuchung und Leibesvisitation über sich ergehen lassen müssen, weil ihr Stadtteil von der Polizei komplett zu einem Gefahrengebiet erklärt worden ist. Bürgerinnen und **Bürger dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden.**

Einschränkende Sicherheitsmaßnahmen, wie z. B. Videoüberwachung und die Umsetzung der Anti-Terror-Pakete **müssen strengen Anforderungen** im Hinblick auf Effizienz, Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit **unterliegen**. Dies muss sich bereits in den gesetzlichen Befugnisregelungen niederschlagen. Die bestehende Videoüberwachung muss vor der Neuinstallation weiterer Kameras grundlegend evaluiert werden. Um einen effektiven Rechtsschutz zu gewährleisten, soll der Eildienst an den Gerichten so organisiert werden, dass stets binnen weniger Stunden eine Eilentscheidung möglich ist.

Als Reaktion auf die Terroranschläge in den USA und Europa seit 2001 sind die Befugnisse der Sicherheitsbehörden erheblich ausgeweitet worden. Dabei hat sich unsere Befürchtung bestätigt, dass dies als Vorwand dienen sollte, um nach einer Schamfrist diese Befugnisse auch gegen andere Personen richten zu können. Eine derartige Ausweitung lehnen wir genau so ab, wie die nun auf Bundes- und Landesebene geplanten Online-Durchsuchungen privater

PCs. Viel entscheidender als zusätzliche Überwachungsmöglichkeiten ist Expertenwissen in den Sicherheitsbehörden über Hintergründe und Motivation terroristischer Gruppen.

Die Demonstrationsfreiheit ist in Hamburg in den Jahren des CDU-Senats faktisch eingeschränkt worden. In vielen Fällen wurde dabei zu polizeilichen Maßnahmen gegriffen, deren Rechtswidrigkeit im Nachhinein gerichtlich festgestellt wurde. Trotzdem werden weiter rechtlich zweifelhafte Methoden angewandt. Wir wollen, dass Demonstrationen in Sicht- und Hörweite der Adressaten des Protests stattfinden können. Die Aufgabe der Polizei ist es, sich in den Dienst des Demonstrationsrechtes zu stellen, um dies zu ermöglichen.

Der öffentliche Raum muss öffentlich bleiben. Die GAL wendet sich gegen alle Versuche, gesellschaftlich ohnehin an den Rand gedrückte Gruppen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen.

Bürgernahe Polizei. Die Polizei hat eine wichtige Schutzfunktion. Ihren besonderen Schutz brauchen diejenigen, die aufgrund körperlicher Schwäche oder als gesellschaftliche Minderheit leicht Opfer von Übergriffen werden. Das betrifft zum Beispiel Opfer von häuslicher Gewalt und von rassistischen Übergriffen.

Die Polizei kann ihren anspruchsvollen Aufgaben nur mit gut ausgebildeten und motivierten Polizistinnen und Polizisten gerecht werden. Dazu brauchen sie gute Arbeitsbedingungen, sie müssen bürgernah aufgestellt und gesellschaftlich integriert sein. Statt ausufernder Videoüberwachung muss **Polizei verstärkt vor Ort präsent** sein. Wir wollen mehr bürgernahe Beamte und die lageorientierte dezentrale Einrichtung

fester Anlaufpunkte für die Bürgerinnen und Bürger. Die Polizei muss die Zusammenarbeit mit der Verwaltung, den Verkehrsgesellschaften, StadtplanerInnen und Wohnungsbaugesellschaften verstärken, um bei der Planung und Gestaltung des öffentlichen Raums Angsträume zu verhindern und Unsicherheitsgefühle zu reduzieren.

Der Anteil von **PolizistInnen mit Migrationshintergrund** soll durch gezielte Ausbildungspolitik erhöht werden. Wir brauchen schließlich eine wissenschaftlich **unabhängige Polizeihochschule**, eine verbesserte kriminologische Regionalanalyse und eine neutrale und vertrauenswürdige Beschwerdeinstanz für Bevölkerung und Polizeibeamte.

Wir sind für eine konsequente Entwaffnung der Gesellschaft, die durch öffentlich wirksame Kampagnen und klare Verbote durchgesetzt werden kann.

Ursachen bekämpfen

Eine effektive Kriminalitätsbekämpfung beginnt bei der Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität. Ziel muss sein, Kriminalität möglichst zu vermeiden. Prävention setzt dort an, wo hohe Kriminalitätsraten einen Zusammenhang mit den sozialen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen aufweisen. Darum gehört der Kampf für gerechte Bildungschancen, lebenswerte Wohnquartiere und gegen das soziale Abkoppeln ganzer Stadtteile zur Prävention.

Die Polizei muss deshalb neben der Verfolgung von Straftaten in Kooperation mit Schulen, sozialen Einrichtungen und Vereinen und in Zusammenarbeit mit den Behörden – von der Jugendhilfe bis zum Bauamt – ihre Kompetenz einbringen, um Kriminalität zu vermeiden.

Das wird besonders deutlich beim The-

ma Jugendgewalt. Nur ein ganz kleiner Teil der Jugendlichen begeht jemals eine Gewaltstraftat wie Körperverletzung oder Raub. Trotzdem steigt in Hamburg die Anzahl der Gewalttaten von Jugendlichen und Kindern an. Da Gewalt nicht voraussetzungslos auftritt, müssen wir an den Risikofaktoren ansetzen, d. h. an den Problemen, die Jugendliche haben und nicht nur an denen, die sie machen. Daneben gilt es, die **Kompetenzen zur friedlichen Konfliktbewältigung** der Kinder und ihrer Familien zu stärken und **das gesamte Lebensumfeld der Jugendlichen mit in die Präventionsarbeit einzubeziehen**. Gewaltpräventive Strategien haben Aussicht auf Erfolg, wenn sie auf die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen eingehen. Sie müssen auch berücksichtigen, dass Jugendgewalt in der Regel Gewalt von Jungen ist. Im familiären Umfeld sowie in Kita, Schule und im Wohnquartier müssen daher die typischen Geschlechterrollen hinterfragt und neue Verhaltensweisen erlernt werden können.

Straftaten verhindern

Die Verhinderung weiterer Straftaten muss absolute Priorität bei der Ausgestaltung des Strafvollzugs haben. Der CDU-Senat hat die über die Bundesgrenzen hinaus anerkannte Sozialtherapie zerschlagen und eine schrittweise Gewöhnung der Gefangenen an die Freiheit unmöglich gemacht. Das birgt erhebliche Gefahren für die Gesellschaft, weil das Rückfallrisiko steigt. Statt in die Resozialisierung der Gefangenen zu investieren, wurde mit dem zweiten Bauabschnitt des Gefängnisses in Billwerder ein Millionengrab geschaffen. Begründet wurde dieses Vorhaben mit einer aberwitzigen Gefangenenprognose. Das vom Senat vorgelegte Strafvollzugsgesetz muss umgehend durch ein Gesetz ersetzt werden, das

die **Resozialisierung in den Mittelpunkt** stellt.

Unabhängige Gerichtsbarkeit

Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein zentraler Pfeiler unserer Verfassung. Unabhängig ist zwar tatsächlich die Rechtsprechung als solche. Die Gerichte gehen jedoch im Hinblick auf Gerichtsorganisation, Verwaltung und Geld am Gängelband der Justizbehörde. Das ist der Justiz als dritter Staatsgewalt nicht würdig, aus der Abhängigkeit in Fragen der Gerichtsverwaltung ergibt sich auch eine Gefahr der Einschränkung, die sich bis auf die Rechtsprechung auswirken kann. Diese Gefahr ist ganz real, wie Versuche des früheren CDU-Justizsenators Kusch gezeigt haben. Wir GRÜNE wollen deswegen, dass die Gerichte in Fragen ihrer Verwaltung möglichst unabhängig von der Regierung sind. Wir wollen insbesondere ein eigenes Antragsrecht an die Bürgerschaft als Haushaltsgesetzgeber prüfen.

Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik

Wir dürfen unseren Kindern die Welt nicht schlechter hinterlassen, als wir sie übernommen haben. Dieses ökologische Prinzip der Nachhaltigkeit muss auch für Hamburgs Haushalts- und Finanzpolitik gelten. Der jetzige Senat verzehrt Vermögen – Kreditaufnahmen, Privatisierungen und Entnahmen aus Rücklagen stehen einem deutlich geringeren Vermögensaufbau gegenüber. Damit enteignet der Senat schleichend

Gerade finanziell bedürftige Menschen sind auf einen effektiven Rechtsschutz angewiesen. In Gerichtsverfahren steht ihnen zwar die Prozesskostenhilfe zur Seite. Die erste Hürde ist jedoch zumeist, dass zu prüfen ist, ob der Weg zum Gericht überhaupt Erfolg versprechend ist. Dafür steht in Hamburg nur die Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA) zur Verfügung, die sich im Grundsatz bewährt hat. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die ÖRA in allen nachgefragten Rechtsgebieten **zeitnah Rechtsberatung** leisten kann.

Datenschutz

Datenschutz ist nicht nur der Schutz eines wichtigen Grundrechts. Er ist in einer Dienstleistungsmetropole ein wichtiger Standortfaktor. Wir wollen deswegen den Hamburgischen Datenschutzbeauftragten vor allem in seiner Aufgabe als Aufsichtsbehörde für die Privatwirtschaft stärken.

die Stadt und kommende Generationen.

Ehrliche Politik muss Finanzierungsquellen benennen und Prioritäten setzen. Eine der wichtigsten Prioritäten ist es, finanzielle Handlungsspielräume für die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu schaffen: **Hamburg braucht vor allem mehr Geld für Bildung** – von der Kinderbetreuung bis zu exzellenter Forschung und Lehre an den Hochschulen

– um unsere Stadt fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft – und um kreative Köpfe aus der ganzen Welt in Hamburg versammeln zu können.

Hamburgs Finanzlage ist hoch kritisch. Die laufenden Einnahmen decken trotz einzelner Konsolidierungserfolge noch längst nicht die Ausgaben. Die Stadt lebt also über ihre Verhältnisse. Die Wahlen fallen in Zeiten, in denen die Einnahmen der Stadt dank anziehender Konjunktur steigen. Dieser Einnahmewachstum darf nicht für laufende Ausgaben genutzt werden, sondern ausschließlich zur Schuldentilgung oder zur Bildung neuen Vermögens. Die GAL will unter anderem einen **Vermögensaufbau in Form einer Stiftung** zur Förderung von Wissenschaft und Forschung.

Transparenz für die Finanzen – kaufmännischer Haushalt. Der erste Schritt zu soliden Finanzen ist mehr Transparenz. Die GAL will deshalb ein vollständig kaufmännisches Haushaltswesen in Hamburg einführen. Einige Schritte dorthin, z. B. eine Eröffnungsbilanz, ist auch der jetzige Senat schon gegangen. Die Konsequenz tut erst einmal weh: Bei kaufmännischer Betrachtung hat Hamburg nämlich nicht nur 24 Milliarden Euro Schulden wie heute ausgewiesen, sondern muss z. B. zusätzlich über 20 Milliarden Euro für Rückstellungen ausweisen, vor allem für die Pensionen seiner Beschäftigten.

Schulden bremsen, Werte erhalten – atmender Haushalt. Wer wie der CDU-Senat unter »Schuldenbremse« nur die Begrenzung für öffentliche Kredite versteht, springt zu kurz. Der alte kamerale

Schuldenbegriff ist nur die Hälfte der Wahrheit, weil er den Vermögensverzehr und die Verkäufe nicht erfasst. Zudem können Kreditaufnahmen unter bestimmten Bedingungen – etwa für den Aufbau zusätzlichen Vermögens oder zur zeitlich befristeten Begrenzung eines Konjunkturerfalls sogar sinnvoll sein. Wichtig ist also Klarheit nicht nur über Schulden, sondern ebenso über das Vermögen und die Zukunftsverpflichtungen. Wir GRÜNE treten für eine ganzheitliche und ehrliche Betrachtung von Hamburgs Finanzlage ein. Wir wollen deshalb, dass eine Kreditaufnahme der Stadt nur noch in Höhe der um Abschreibungen und Veräußerungserlöse bereinigten Investitionen vorgenommen werden darf. Und wir wollen, dass die Politik am Ende einer Planungsperiode von maximal vier Jahren mindestens so viel Vermögenswerte hinterlässt, wie sie am Anfang vorgefunden hat, und im Idealfall mehr. Eine solche »rollierende Schuldenbremse« lässt einen atmenden Haushalt zu, also vorübergehende Kreditaufnahmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Sie zwingt aber dazu, sparsam zu wirtschaften und in guten Zeiten konjunkturell bedingte Kredite wieder zu tilgen.

Ausgaben und Einnahmen konsolidieren – ausgeglichener Haushalt. Deshalb wird in den nächsten Jahren die Frage im Vordergrund stehen, wie der derzeitige Vermögensverzehr gestoppt und Hamburg wieder zu einem Vermögensaufbau kommt. Dazu müssen vor allem die Einnahmen und Ausgaben der Stadt ins Gleichgewicht gebracht werden. Spielraum für zusätzliche Aus-

gaben über das bisherige Niveau hinaus – und damit zu Lasten unserer Kinder und Enkel – besteht deshalb nicht. Weder weitere Konsolidierungsschritte noch Einnahmeverbesserungen dürfen ein Tabu sein. Für die GAL heißt das, dass die Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite weiter gehen muss. Das »ob« und das »wie« der Aufgaben der Stadt gehören fortlaufend auf den Prüfstand. Eine handlungsfähige Stadt braucht stabile Einnahmen. Anders als der jetzige Senat wollen wir, dass der private Reichtum Hamburgs einen größeren Beitrag dazu leistet, öffentliche Armut, die sich zum Beispiel in unterfinanzierten Schulen und Bücherhallen niederschlägt, zu beseitigen. Einen

wesentlichen Beitrag dazu muss eine bundesweite Föderalismusreform leisten, die Kommunen und Stadtstaaten wieder mit den notwendigen Mitteln ausstattet.

Prioritäten setzen, Zukunft sichern – wirksamer Haushalt. Im Rahmen eines soliden Haushalts muss Finanzpolitik an ihren Wirkungen gemessen werden, die sich nicht immer in Euro und Cent berechnen lassen. Priorität haben für uns alle Ausgaben, die ein nachhaltiges Wirtschaften unterstützen, für Gerechtigkeit zwischen Generationen und Geschlechtern sorgen und die die Zukunft Hamburgs für unsere Kinder und deren Kinder sichern.

5. Hafen für Ideen: Kreativität ist unser Kapital

Der Hafen brummt, aber er ist schon lange nicht mehr der einzige Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die vielen neuen Arbeitsplätze entstehen vor allem in den wissensbasierten und kreativen Bereichen. Um diese Zukunftsbereiche zu stärken und zur kreativen Stadt zu werden, müsste Hamburg massiv in Bildung, Wissenschaft und Forschung investieren. Dafür fehlt aber das Geld, denn der Senat steckt den Löwenanteil wie eh und je in den Hafen. Wir können uns diese einseitige Politik nicht mehr leisten, denn Hamburg ist viel mehr als Handel und Hafen, Hamburg ist auch Zentrum der Kultur, der Medien und der Erneuerbaren Energien. Wir wollen die **wis-**

sensbasierten und kreativen Bereiche zu einem starken Standbein entwickeln. Das erfordert mehr als Wirtschaftspolitik, dafür müssen Bildung, Kultur, Integration und die Vielfalt der Lebensformen im Fokus der Politik stehen. Dieses und eine Bildungsrevolution von der Kita über die Schule bis zur Hochschule sind die Kernelemente unserer Strategie, **Hamburg zu einer kreativen Stadt zu machen.** Um damit Lösungen für die Probleme unserer Zeit zu finden, alle am sozialen Leben zu beteiligen und Wohlstand zu fördern, an dem alle teilhaben können. Jeder dieser Bereiche war für uns GRÜNE schon immer wichtig. Neu ist, dass in der Wissensgesellschaft menschliche und

wirtschaftliche Entwicklung Hand in Hand gehen und sich gegenseitig befruchten können. So haben StadtökonomInnen festgestellt, dass diejenigen Städte wirtschaftlich am erfolgreichsten sind, in denen Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensweisen herrscht sowie eine große Zahl Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und

Nationen leben und arbeiten. Damit Hamburg wirklich zu einer kreativen Stadt wird, müssen aber auch die **traditionellen Wege der Hafenspolitik verlassen** werden, die so viel Geld verschlingen und die politische Bewegungsfähigkeit in anderen Bereichen einschränken.

Für eine neue Hafenspolitik

Damit der Hafen auch langfristig boomt, bedarf es einiger Neuerungen in der Hafenspolitik. Der Senat hat die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt und hält strikt den Kurs der Vergangenheit. Der Containerboom macht den Ausbau der Containerterminals und der gesamten Hafeninfrastruktur erforderlich. Die enormen Investitionskosten trägt die Stadt. Darüber hinaus subventioniert sie die Hafensfirmen durch extrem niedrige Mieten und Pachten, die die entstandenen Kosten nicht decken. Bis zum Jahr 2015 plant die Stadt, rund drei Milliarden Euro in den Hafen zu investieren. In der Vergangenheit wurden derartige Investitionen durch zusätzliche Schulden finanziert. Aufgrund des hohen Schuldenbergs geht dies heute nicht mehr. Wir wollen **die sehr gut verdienenden Umschlagunternehmen stärker an den Kosten beteiligen** – entweder durch Kosten deckende Mieten und Pachten oder durch Ausschreibung der bereitgestellten Flächen und Terminals gegen Höchstgebot.

Der Senat will die Investitionen durch den Verkauf von 30 Prozent der HHLA-Aktien finanzieren. Wir lehnen das ab, weil die Gefahr besteht, dass sich unerwünschte Unternehmen bei der HHLA mit einer Sperrminorität einkaufen und die zukünftige Hafensentwicklung verhindern oder erschwe-

ren. Es gibt zurzeit keinen Grund, den Einfluss der Stadt auf die HHLA durch den Verkauf von Stammaktien zu schwächen. Stattdessen hätte der Senat stimmrechtslose Vorzugsaktien an die Börse bringen können und damit die HHLA weiterhin 100prozentig unter Kontrolle.

Hafenskonzept für die Metropolregion

Der Senat will eine erneute Elbvertiefung, wir GRÜNE lehnen das ab – nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Die Vertiefung sorgt keineswegs dafür, dass in Zukunft alle großen Containerschiffe den Hamburger Hafen erreichen können. Denn schon heute gibt es Schiffe mit einem Tiefgang von 15 Metern und mehr, die Hamburg nicht mehr voll beladen anlaufen können. Die geplante Elbvertiefung auf 14,50 Meter ändert daran nichts. Um die Hafensentwicklung langfristig zu sichern, bedarf es deshalb ganz anderer Maßnahmen.

Wir wollen ein **gemeinsames Konzept für alle Häfen der Metropolregion** – damit wäre auch die Elbvertiefung überflüssig. Der Hamburger Hafen könnte mit einem neuen Containerterminal in Cuxhaven kooperieren. Die Container für Skandinavien, Osteuropa und Russland würden in Cux-

haven abgeladen und von kleineren Schiffen durch den Nordostseekanal weiter transportiert. Die halb vollen Containerriesen könnten mit geringerem Tiefgang weiter nach Hamburg fahren. Beide Häfen würden profitieren, Hamburg könnte die Lager- und Auslieferungszentren weiter ausbauen, die die Mehrzahl an Arbeitsplätzen bringen, und die Position als Logistikkreuzung stärken. Und außerdem wäre das einfache, aber flächenintensive Umladen von Transitcontainern ein willkommener Zuverdienst für die strukturschwache Region Cuxhaven. Dadurch wird auch der Abriss des Elbdorfes Moorburg zugunsten eines weiteren Containerterminals überflüssig. **Wir lehnen den Abriss Moorburgs grundsätzlich ab** und setzen uns weiter dafür ein, dass Moorburg aus dem Hafenerweiterungsgebiet entlassen wird.

Ein Hafenkonzzept, das auch Niedersachsen und Schleswig-Holstein einbezieht, kann für unsere Nachbarländer Anreize schaffen, Zugeständnisse bei der Bereitstellung von benötigten Flächen zur ökologischen Aufwertung der Elbe zu machen.

Umweltfreundlicher Schiffsverkehr

Als Hafenstadt widmet Hamburg den maritimen Industrien wie dem Schiffbau zu wenig Aufmerksamkeit. Dabei gibt es dort viel zu tun. Schiffe gleichen Sondermülldeponien, ihre Emissionen machen über zwei Drittel der Schwefeldioxid-, Feinstaub- und Stickstoffemissionen in Hafenstädten aus. Hier sind neue, umweltfreundliche Technologien gefragt. Wir wollen, dass Hamburg zusammen mit Schleswig-Holstein Forschungszentrum wird für die **Entwicklung neuer Schiffsantriebe** wie Windkraft, Brennstoffzellen oder Solarenergie. Zudem wollen wir das »Green Shipping«-Bonus-

system wieder einführen, das der CDU-Senat abgeschafft hat. Es gibt Anreize für den modernen Schiffbau, weil er den Einsatz schwefelarmer Treibstoffe mit niedrigen Emissionswerten belohnt. Wir wollen es um lärmarme Antriebe ergänzen. Auch wollen wir ein Pilotprojekt starten, um die maritimen Transportketten treibstoffärmer und damit klimafreundlicher zu machen, unter anderem durch langsamer fahrende Schiffe (Slow Steaming) und eine intelligentere Koordination der Verkehre.

Faire und Handelsstadt Hamburg

Als Globalisierungsgewinnerin steht Hamburg in der Verantwortung, einen Beitrag zur Bekämpfung von Armut, Not und Ausbeutung zu leisten. Denn was unserem Hafen Rekordzuwächse beschert, wird oft ohne Berücksichtigung sozialer und ökologischer Mindeststandards produziert. Wir wollen eine **gerechtere Gestaltung des Welthandels**, und wir wollen Hamburg zur »Fairen und Handelsstadt Hamburg« machen. Die Politik muss gemeinsam mit der Wirtschaft für Hamburg einen **»Hamburger Fairness Code«** erarbeiten, der es einfach macht, sozial und ökologisch produzierte Produkte zu erkennen. Selbstverständlich muss die Stadt selber endlich anfangen, nach Fairnesskriterien einzukaufen. Hamburg soll zudem aufgrund der globalen Verantwortung im Rahmen der Städtepartnerschaften verstärkt an den Themen Zivilgesellschaft, Demokratie und Menschenrechte arbeiten. Außerdem wollen wir auf der Harburger Schlossinsel das Kultur- und Bildungsprojekt »Park Postkolonial« umsetzen, um die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Welthandel, Globalisierung und Kolonialgeschichte anzustoßen.

Die »Eine Welt Arbeit« in Hamburg wird getragen von vielen ehrenamtlich engagierten Menschen. Die unabhängige Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen muss künftig durch die Stadt besser gefördert werden.

Europa ist so gut wie wir es machen!

Hamburg ist eine europäische Metropole. Gleichzeitig wäre unser Hamburg, wie es heute ist, ohne die EU nicht denkbar. Hamburg profitiert von der EU-Erweiterung und dem Binnenmarkt, wie kaum eine zweite Region in Deutschland. Gerade deswegen steht Hamburg für die Ideen des EU-Reformvertrags ein und muss sein Engagement für die Ostseeregion – unter anderem durch eine starke Beteiligung an der entstehenden EU-Meerpolitik – weiter stärken.

In Hamburg heißt unser Konzept gegen

Europa-Frust: Beteiligen! Hamburg soll EU-Vorbild darin werden, dass die Menschen hier über anstehende europäische Entscheidungen informiert und an der Positionierung der Stadt beteiligt werden. Deswegen wollen wir eine **verbesserte EU-Öffentlichkeitsarbeit der Stadt**, mehr **Unterstützung für die europäische Jugendarbeit**, eine Ausweitung der Beteiligungsrechte der Bürgerschaft an EU-bezogenen Entscheidungen im Bundesrat und die Verankerung des Erlernens einer Europakompetenz im Hamburger Schulunterricht. Darüber hinaus wollen wir durch die Förderung von Bezirkspartnerschaften Europa auch in den Stadtteilen emotional verankern. Zukünftig sollen überzeugte Hamburgerinnen und Hamburger auch überzeugte Europäerinnen und Europäer sein!

Kreativwirtschaft und Kultur in der Kreativen Stadt

Damit sich Hamburg auch zum Umschlagplatz für Ideen entwickelt, brauchen wir einen Mentalitätswechsel. Unsere alte Hafen- und Handelsstadt entdeckt allmählich eine wesentliche Ressource für wirtschaftlichen Erfolg: die Kreativität. Ihre Bedeutung wird in allen Branchen zunehmen – in der Kreativwirtschaft zeigt sich bereits ihr Potenzial. Die Kreativwirtschaft ist einer der Wachstumsmotoren der Stadt – und das trotz, nicht wegen der Politik des Senats. Viele kreative Branchen sind ohne Zutun der Stadt entstanden. Diese Branchen geraten nun zunehmend unter Druck, besonders durch die Anziehungskraft Berlins. Hamburg könnte bei Medien, Film- und Musikindustrie, WerberInnen und DesignerInnen bald abgemeldet sein, wenn jetzt nicht entschlossen gehandelt wird. Wir wollen, dass die Kreative Wirtschaft endlich die Auf-

merksamkeit bekommt, die ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und Dynamik entspricht. Wenn das nicht passiert, verliert Hamburg den Anschluss und wird langfristig abgehängt – und das kann auch ein boomender Hafen nicht wettmachen. **Kreative Köpfe sind wichtiger als Kaimauern: wir wollen sie suchen und gezielt fördern.** Und das nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. Die lebendige Kulturlandschaft ist eines der wichtigsten Fundamente der Stadt. Wir wollen, dass die Menschen ihre kreativen Potenziale entfalten. Dazu brauchen sie den Zugang zu einem breiten kulturellen Angebot, in dem Hochkultur und Offkultur floriert.

Hamburg fördert die Kreativwirtschaft. Die Kreativwirtschaft erhält als Wirtschaftsbereich ein eigenständiges **Clustermanagement**. Die neu zu gründende »Agentur für

Kreativwirtschaft« fungiert als Service- und Förderstelle, die betriebswirtschaftliche Aktivitäten unterstützt, Akteure vernetzt und Projekte fördert. Sie betreibt gezieltes Image-Marketing für die Hamburger Kreativwirtschaft und unterstützt bei der Produktvermarktung. Zudem hilft sie bei der Vermittlung von Flächen und Räumen.

Mit Finanzierungshilfen und **Gründungszentren** machen wir Hamburg zum Brutkasten der Kreativindustrie. Ein spezielles Förderprogramm für Gründungswillige, Einzel- und Kleinunternehmen bietet Zugang zu Know-how und Weiterbildung. Wir wollen die Design-Branche durch die Einrichtung eines »Design Center« stärken, das als Kommunikationsplattform und zur Außendarstellung dienen soll.

Um kreative wirtschaftliche Potenziale in der Stadt anzuregen, zu fördern und ihre öffentliche Wahrnehmbarkeit zu verbessern, soll ein jährlich stattfindender **Wettbewerb »Hamburg kreativ«** stattfinden. Preise sollen in jährlich thematisch wechselnden Förderschwerpunkten, die vor allem gesellschaftlich drängende Probleme und Themenfelder aufgreifen, vergeben werden. Der Wettbewerb soll durch eine Messe sowie einen Kongress ergänzt werden.

Als Standort für Film- und Fernsehproduktionen hat Hamburg an Bedeutung verloren, vor allem durch die Kürzungen in der Filmförderung, die der Senat gegen besseren Rat durchgesetzt hat. Wir wollen die **Filmstadt Hamburg retten**. Die Kürzungen müssen zurückgenommen, die Filmförderung muss auf insgesamt 15 Millionen Euro aufgestockt und damit fast verdoppelt werden. Ein Zentrum für junge ProduzentInnen und FilmemacherInnen stärkt den Nachwuchs. Die Branche braucht eine zentrale Anlaufstelle im Zentrum der Hamburger Politik. Deshalb soll der zweite Staatsrat der

Senatskanzlei in der Hauptsache die Aufgabengebiete Medien, Rundfunkstaatsverträge und Film bearbeiten.

Den in der Kreativwirtschaft verbreiteten »prekären« Arbeitsbedingungen, die durch Selbstausbeutung und fehlende soziale Absicherung gekennzeichnet sind, wollen wir eine **städtische Initiative gegen Honorardumping** entgegen setzen. Hamburg setzt sich für eine faire Bezahlung ein, die sich an den Mindestsätzen der zuständigen Berufsverbände orientiert.

Offene Standards. Kleine IT-Unternehmen sind ein hochkreativer Bereich, für den wir die Rahmenbedingungen verbessern wollen. Gerade für solche Unternehmen stellen geschützte Formate und Schnittstellen im IT-Bereich eine Falle dar. Die Abhängigkeit von einzelnen Unternehmen, die über diese Formate bestimmen, ist eine Sackgasse für den Wettbewerb. Offene Standards, die jede und jeder umsetzen und benutzen kann, geben auch anderen Mitspielern im Markt eine Chance. Hier muss die Stadt voran gehen und in ihrem IT Bereich konsequent auf offene Standards setzen. Gleichzeitig wird dadurch ein Zeichen gesetzt für die Wirtschaft in der Stadt, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Hamburg fördert die Künste

Kaum eine deutsche Stadt versammelt eine so breit gefächerte und oft auch innovative Kulturszene wie Hamburg – ob öffentlich gefördert oder von privater Leidenschaft getragen. Hamburg ist schon heute eine Stadt der Künste – aber das spielt in der Selbstwahrnehmung und der Außendarstellung noch immer eine untergeordnete Rolle. Die **Elbphilharmonie** könnte zum **Wahrzeichen** für ein neues Selbstbewusstsein als Kulturmetropole werden. Dazu müssen wir die Neugier der Hamburgerin-

nen und Hamburger und ihr Interesse an künstlerischen Prozessen anheizen.

Hamburg soll zur Musikstadt werden. Wir wollen das Programm »Musik und Schule« ins Leben rufen, das Kindern und Jugendlichen ermöglicht, Musikproduktionen zu erarbeiten und aufzuführen. Wir wollen erreichen, dass jedes Kind ein Instrument zur Verfügung gestellt bekommt. Zudem richtet Hamburg nach französischem Vorbild einen »Tag der Musik« ein, an dem es Musik der unterschiedlichsten Richtungen im ganzen Stadtgebiet gibt. Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Kulturgut Musik mit seinen großen und kleinen Veranstaltungsorten in alle Marketingmaßnahmen, die zur Förderung des Tourismus in Hamburg dienen, mit aufzunehmen.

Initiative Musikstadt Hamburg. Die Hamburger Pop- und Rock-Szene hat wegen ihres innovativen Potenzials europäischen Ruf. Ihre kreativen Potenziale werden jedoch konsequent vom Senat ignoriert. Viele Künstlerinnen, Künstler und Bands haben Hamburg deshalb verlassen oder sind auf dem Sprung. Wir GRÜNE wollen, dass Hamburg wieder zur erstrangigen Pop- und Rockstadt wird. Deshalb wollen wir Musikszene und Musikwirtschaft intern und extern mit anderen Sektoren wie z. B. der Filmwirtschaft und der Multimedia- und Gamesbranche vernetzen sowie die Künstlerinnen, Künstler und Labels im Rahmen einer intelligenten Hamburg-Werbung bei der Vermarktung zu unterstützen. Als Plattform auch für Hamburgs populäre Musik wollen wir GRÜNE uns beim NDR und bei der Hamburg-Schleswig-Holsteinischen Medienanstalt für die Schaffung eines redaktionellen Musikkadios nach dem Berliner Vorbildern radio eins, Radio Fritz bzw. Motor Music FM einsetzen.

Wir schaffen Kulturzonen. In ihnen wird

die Entwicklung von Konzert- und Veranstaltungszentren, Galerien und Gastronomie erleichtert. Die erste Kulturzone könnte die Reeperbahn werden. Den Live-Musikclubs wird mit öffentlichen Investitionsmitteln geholfen, die Lärmschutzrichtlinien zu erfüllen. Die vielfältigen Hamburger Stadtteilfeste werden bei der künstlerischen Weiterentwicklung und Profilierung unterstützt. **Kunst und Kultur** sollen im öffentlichen Leben und im öffentlichen Raum **besser sichtbar** werden. Die Architektur schafft mit experimentellen und klimafreundlichen Bauten eine neue gestalterische Qualität – ergänzt durch innovatives Design von »Stadtmöbeln«. Auch die Bildende Kunst soll wieder sichtbarer werden. In den letzten Jahren hat vor allem die zeitgenössische Kunst unter Kürzungen und Reduktion von Ausstellungsfläche leiden müssen. Wir unterstützen Initiativen, die die Kunst zurückholen in den Öffentlichen Raum.

Hamburgs Stadtteile entwickeln sich durch Kultur. Ob Stadtteilzentrum, Bücherhalle oder Stadtteilfest: Kulturangebote verbessern die Lebensqualität und die Identifikation mit dem Stadtteil. Zusätzlich brauchen wir mobile Kulturaktionen in den Stadtteilen. Kulturarbeit muss dorthin gehen, wo die Menschen wohnen. So können auch diejenigen erreicht werden, die sich nicht selbst auf den Weg zur Kultur machen. Die Menschen sollen ihre künstlerischen Aktivitäten in ihren Stadtteilen selbst entwickeln. Und Kulturinstitutionen, die sich mehr im Stadtteil vernetzen und verankern wollen, sollen unterstützt werden.

Den Beitrag der Kulturbehörde zum Sparpaket des Senats mussten zum größten Teil die Öffentlichen Bücherhallen erbringen: Insgesamt wurden 900.000 Euro der jährlichen Zuwendung gestrichen. Das führte zu eingeschränkten Öffnungszeiten

und Standortverkleinerungen bis hin zu Schließungen. Das Ergebnis sind – wenig überraschend – sinkende Ausleihzahlen. Nicht nur, aber auch in sozial benachteiligten Stadtteilen gehen die Menschen seltener in die Bücherhallen. Problematisch sind vor allem die im Vergleich mit anderen Städten hohen Gebühren. Wir wollen sie für Kinder und Jugendliche ganz abschaffen. Die Schließung von Stadtteilmöbelführern in der Vergangenheit halten wir für problematisch. **Eine kreative Stadt braucht Bücherhallen** vor Ort. Wir wollen der Stiftung Hamburger Öffentlicher Bücherhallen ermöglichen, Angebote in die Quartiere der Stadtentwicklung zu tragen.

Wir brauchen **Kulturmarketing** mit und für die Hamburger Kulturinstitutionen. Die Theater und Museen, die Galerien und

Aktive Politik für Lesben und Schwule

Jetzt stagniert die Akzeptanz, Ablehnung nimmt wieder zu. Wichtigen Projekten wie dem Magnus-Hirschfeld-Centrum oder dem Junglesbenzentrum wurden die Mittel gekürzt. Der von Ole von Beust geführte Senat stand an vorderster Front gegen das Antidiskriminierungsgesetz. Während die Neuinfektionen auch schwuler Männer mit HIV dramatisch stiegen, hat der CDU-Senat die dringend für den Kampf gegen AIDS benötigten Mittel gekürzt.

Akzeptanz verbessern, Gleichstellung durchsetzen. Wir fordern ein Aktionsprogramm für Akzeptanz. Mit **Aufklärungsarbeit vor allem in Jugendarbeit und Schule** und mit Maßnahmen gegen Übergriffe wollen wir Akzeptanz verbessern. Schwule und lesbische Jugendarbeit braucht angemessene Räume. Deswegen müssen die Kürzungen gegen das MHC und das

Klubs, Hamburgs Menschen und ihre Geschichten finden überregionale Anerkennung – das zeigen zum Beispiel die Preise, mit denen etwa das Thalia Theater oder Filme aus Hamburg überhäuft werden. In der Hamburg-Werbung findet das alles keine Beachtung. Das liegt auch an den unklaren Zuständigkeiten: Hamburg Marketing GmbH, Tourismus GmbH und die Kulturbehörde mit ihrem Mini-Marketingetat wursteln nebeneinander her. Ihre Aufgaben sollen in einer Institution zusammengefasst werden. Mehr Geld als heute braucht man dazu nicht, nur die Erkenntnis, dass Hamburg mit seiner lebendigen Kulturszene auch professionelles Stadtmarketing betreiben kann. Man muss gar nicht bis nach Berlin schauen – selbst Bremen ist da weiter.

Junglesbenzentrum zurückgenommen werden. Bisher findet die Hamburger Coming-Out-Arbeit für schwule Jungs in einem Kellerraum statt. Wir fordern ein eigenes Jugendzentrum. An Schulen wollen wir **Projekte gegen Ausgrenzung, für Coming-Out-Hilfe** und Lehrerfortbildung und -ausbildung verbindlich machen. Die Coming-Out-Arbeit für Menschen mit Migrations- oder muslimischem Hintergrund muss gefördert werden. Der Senat muss sich zu den eigenen lesbischen und schwulen Beschäftigten bekennen und sie ermutigen, offen zu ihrer sexuellen Identität zu stehen. Bei allen Diversity-Maßnahmen der Stadt wollen wir Schwule und Lesben berücksichtigen. Die rechtliche Diskriminierung homosexueller Paare muss beendet werden. Mit einer Bundesratsinitiative werden wir uns für die Öffnung der Ehe für gleich-

geschlechtliche Paare einsetzen. Verpartnerte Hamburger Beamtinnen und Beamte wollen wir Ehepaaren gleichstellen. Noch bis 1969 wurden Homosexuelle nach dem von den Nazis verschärften § 175 StGB bestraft. Dafür gibt es bis heute keine Entschuldigung. Wir GRÜNE wollen die Aufarbeitung dieses Unrechts. Schwule, Lesben und Transgender dürfen nicht abgeschoben werden, wenn ihnen Verfolgung droht.

Formel Vielfalt – Integration fördern

Hamburg ist eine Einwanderungsstadt, rund ein Viertel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund und jedes zweite Vorschulkind stammt aus einer Migrantenfamilie. Diese Vielfalt ist das Zukunftskapital Hamburgs, eine gute Integrationspolitik kann ein entscheidender Wachstumsmotor sein. Der Senat hat sich lange geweigert, diese Realität anzuerkennen. Die jüngsten Versuche, die gescheiterte Zuwanderungspolitik der letzten Jahre mit eigenen Konzepten in eine neue Richtung zu lenken, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mittel für Integration seit 2001 um 30 Prozent gekürzt wurden. Statt **Integration** konsequent als **Querschnittsthema** zu begreifen, verheddert sich der Senat in Sachen Integration in Widersprüchen: Einerseits veranstaltet er Einbürgerungsfeiern und gründet ein Welcome Center, andererseits macht er bundesweit Schlagzeilen als Meister der Abschiebungen – sogar in das bürgerkriegsgeschüttelte Afghanistan. Neue Einsichten und alte Gewohnheiten passen nicht so recht zusammen.

Die Misere der Integrationspolitik zeigt sich besonders deutlich im Hamburger Bildungssystem. Vielfalt wird als Hemmnis oder Defizit wahrgenommen, Kinder aus

Lesbisch-schwule Kultur ist ein **wichtiger Bestandteil der Kreativen Stadt**. Wir wollen die lesbisch-schwulen Filmtage stärker fördern. Gleiches gilt für lesbisch-schwule Events. Der CSD gehört auf den Jungfernstieg. Bewerbungen zur Durchführung internationaler lesbisch-schwuler Sport- und Kulturereignisse können mit unserer Unterstützung rechnen.

Migrantenfamilien im Bildungssystem früh an den Rand gedrängt. Ihr Anteil in den Kitas sinkt, in Haupt- und Förderschulen ist er extrem hoch, eine Hochschulausbildung machen die wenigsten, und mit 24 Prozent insgesamt sowie 28 Prozent bei Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit unter Migrantinnen und Migranten überproportional hoch.

Integration durch Bildung. Hamburg kann es sich nicht leisten, die vielfältigen Potenziale der Migrantinnen und Migranten zu ignorieren. Zentrale Aufgabe ist es, alle gesellschaftlichen Bereiche interkulturell im Sinne einer umfassenden Diversity-Strategie zu öffnen: Zugang zu Bildung, Beteiligung und Beschäftigung sind zentrale Aufgaben einer gelingenden Integrationspolitik.

Gleichberechtigter Zugang für Kinder aus Migrantenfamilien zu Kita, Schule, Aus- und Weiterbildung ist die Grundlage für bessere Zukunftsperspektiven. Wir wollen zudem, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund einen Beruf im Bildungswesen ergreifen. Dazu fordern wir eine Informationskampagne und ein Mentoringprogramm zur Karriereförderung für Migrantinnen und Migranten.

Wir wollen daraufhin arbeiten, dass

innerhalb der nächsten fünf Jahre ein Zielwert von 20 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund in Bildungsberufen erreicht wird. Langfristig sollte sich der gesellschaftliche Anteil der Einwanderinnen und Einwanderer entsprechend in den Bildungsberufen widerspiegeln.

Gleichzeitig wollen wir die **Vermittlung interkultureller Kompetenzen** in den Ausbildungsgängen von Bildungsberufen etablieren, damit Pädagoginnen und Pädagogen auf Kinder mit Migrationshintergrund besser eingehen und als Brückenbauer zu den Eltern fungieren können.

Gesellschaftlich und beruflich erfolgreiche Einwanderinnen und Einwanderer sind für viele Kinder mit Migrationshintergrund gute Vorbilder und machen Mut, die eigenen Chancen wahrzunehmen. Einwanderinnen und Einwanderer dürfen nicht länger nur als Putzkräfte auf den Fluren wahrgenommen werden, sondern müssen rein in die Klassen! Wir unterstützen deshalb MentorInnenprogramme, in denen erfolgreiche Einwanderinnen und Einwanderer **Patenschaften für Kinder** übernehmen und diesen in Form von Nachhilfe und Beratung Förderung und Unterstützung zukommen lassen.

Es kann nicht sein, dass Einwanderinnen und Einwanderer, die in ihren Herkunftsländern Qualifikationen erworben haben, hier noch einmal bei Null beginnen müssen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass **Anerkennungsverfahren erleichtert** werden und bessere Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für Anpassungsqualifikationen geschaffen werden.

Auch der öffentliche Dienst soll sich weiter öffnen und mehr Migrantinnen und Migranten einstellen. Ein **Amt für interkulturelle Angelegenheiten** soll den

vom CDU-Senat eingerichteten Integrationsbeirat ersetzen.

Grundrechte für Menschen ohne Papiere

In Hamburg leben tausende Männer und Frauen in der Illegalität. Viele von ihnen bleiben nur wenige Monate, um Geld zu verdienen und dann in ihr Heimatland zurückzukehren. Andere leben jahrelang hier, oft mit Kindern, ohne die Möglichkeit, zu einem legalen Aufenthalt zu kommen. Wir wollen, dass Hamburg die Grundrechte der Menschen in der Illegalität anerkennt und das **Recht auf Gesundheitsversorgung, das Recht auf Bildung und das Recht auf Lohn** garantiert, ohne dass die Helfenden kriminalisiert werden. Wir wollen eine Einrichtung schaffen, die eine anonyme Versorgung der Schwangeren und der Kranken gewährleistet. Niemand soll aus Angst vor Entdeckung ohne medizinische Hilfe sein. Die Schulen sollen in eigener Verantwortung alle Kinder unterrichten, ohne nach deren Aufenthaltsstatus zu fragen. Ebenso wenig eine Rolle spielen soll dieser bei der Öffentlichen Rechtsauskunft und Arbeitsgerichten. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass die »Europäische Konvention über Wanderarbeit« unterzeichnet wird.

Mehr Rechte für geduldete Flüchtlinge

Mit der neuen Bleiberechtsregelung werden nach wie vor 10.000 Frauen, Männer und Kinder lediglich geduldet in Hamburg leben. Sie sind aus rechtlicher Sicht ausreisepflichtig, können jedoch in den meisten Fällen gar nicht ausreisen. Die Flüchtlinge bleiben viele Jahre lang – ohne das Recht zu arbeiten oder sich zu qualifizieren. Sie haben keinen Anspruch auf Sprachkurse

und ihre Integration ist ausdrücklich nicht erwünscht. Geändert werden kann dieses nur auf der Bundesebene, dafür setzen wir uns ein. Wir wollen aber auch, dass die Hamburgischen Programme zur Qualifizierung und Sprachförderung für Flüchtlinge geöffnet werden. Arbeitsmöglichkeiten müssen erweitert und die schulische Bildung der Kinder und Jugendlichen verbessert werden.

In Hamburg ankommende Flüchtlinge sollen hier untergebracht werden, mit der GAL wird es keine Unterbringung in Ausreisenzentren auf dem Lande geben. Die Abschiebepaxis der Ausländerbehörde folgt den politischen Vorgaben der CDU, sie ist unverhältnismäßig und immer wieder schlicht inhuman. Für die GAL ist und bleibt die **Härtefallkommission erweitern** und Wohlfahrtsverbände, Wissenschaft und Flüchtlingsinitiativen beteiligen.

Dialog der Religionen

Gegenüber allen Religionsgemeinschaften setzen wir uns ein für die Akzeptanz von Minderheiten, die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Frauen sowie gegenseitigen Respekt und versuchen, **Differenzen und Vorurteile im Dialog abzubauen**. Nach Abschluss von Staatsverträgen mit den christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden ist es folgerichtig, dass der Senat mit muslimischen Gemeinden Gesprä-

che über einen Staatsvertrag führt und wir begrüßen den damit eingeleiteten regelmäßigen Dialog. Uns Hamburger GRÜNEN ist es wichtig, dass wir das Hamburger Modell eines »Religionsunterrichts für alle« erhalten und weiterentwickeln. Wir unterstützen die Einrichtung einer »Akademie der Weltreligionen« an der Universität Hamburg.

Einbürgerung und Wahlrecht

Mit einer breit angelegten Einbürgerungskampagne wollen wir Migrantinnen und Migranten für eine Einbürgerung gewinnen und über das Verfahren informieren. Nur so erlangen die schon lange hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund auch die gleichen Rechte wie ihre deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Für mehr politische Teilhabe setzen wir GRÜNE uns für die Einführung des kommunalen Wahlrechtes für die circa 190.000 in Hamburg lebenden Migrantinnen und Migranten ohne deutschen und ohne EU-Pass ein. Da eine dafür notwendige Grundgesetzänderung bisher von der CDU blockiert wird, wollen wir aber schon jetzt prüfen, ob ein im Rahmen der Bezirksversammlungswahlen von Bürgerinnen und Bürgern ohne EU-Pass gewählter Ausländerausschuss eine bessere Einbeziehung in die kommunalen Belange ermöglicht. Dieser Ausschuss hat eine beratende Funktion und kann zu allen kommunalen Beratungspunkten Stellung beziehen.

Darum GRÜN wählen

Wir wollen die derzeit günstigen Ausgangsbedingungen für eine grundsätzliche Neuorientierung in der Hamburger Politik nutzen.

Unser Leitbild Kreative Stadt ist, wie Sie auf den vorherigen Seiten lesen konnten, viel mehr als nur die Förderung der kreativen Branchen, wie es gerade der CDU-Senat gerne missversteht. Es geht uns eben nicht ausschließlich darum, durch die Erschließung kreativer Potenziale für Hamburg ein weiteres wirtschaftliches Standbein neben dem Hafen aufzubauen. Für uns ist die Förderung der Kreativität zugleich das zentrale Instrument für mehr Gerechtigkeit, da Bildung und Wissenschaft in einer kreativen Stadt entscheidende Handlungsfelder sind. Indem wir alle Talente in Hamburg bestmöglich fördern, stellen wir sicher, dass niemand zurückgelassen wird und alle eine Chance bekommen.

Wenn wir wollen, dass Hamburg Klima-

hauptstadt Europas wird, die soziale Schere sich nicht noch weiter öffnet, Hamburg in Bildung und Forschung wieder ganz vorne mitspielt, erreichen wir das nur, wenn wir die Talente aller Menschen, die in Hamburg leben, aktivieren und fördern. Und erst in einem weiteren Schritt müssen wir auch anziehend werden für kreative Köpfe aus aller Welt. Das bedarf Veränderungen in allen Bereichen der Stadt. Wir sind überzeugt, dass Politik allein es nicht richten kann. Wir brauchen die gemeinsame Anstrengung aller. Deshalb ist uns das Engagement der BürgerInnen und die direkte Demokratie auch so wichtig. Wir wollen Hamburg zu einer kreativen Stadt machen, die an den Lösungen für die Probleme unserer Zeit arbeitet und für Gerechtigkeit daheim und in aller Welt eintritt. Diesen Weg wollen wir gemeinsam mit Ihnen und allen Menschen in Hamburg gehen.

Index

Symbole

1-Euro-Jobs 41

A

AIDS 40, 58
alte Menschen 29, 37, 40
Arbeitszeitpolitik 37
Armut 7, 29, 30, 33, 52, 54
Atom 11

B

Barrierefreiheit 14, 37
Bildung 7, 8, 21, 22, 24, 25, 26, 27, 30, 31, 35, 39, 50, 51, 52, 59, 60, 61, 62

C

Citymaut 13
CO₂-Emissionen 9, 10, 12, 19

D

Datenschutz 50
Demokratie 7, 45, 54, 62, 65
Drogen 40
Drugchecking 40

E

Einbürgerung 61
Elbphilharmonie 56
Elbvertiefung 19, 53
Energie-Campus 12
Erneuerbare Energien 6, 9, 10, 12, 28, 42

F

Fahrrad 12, 14, 15
Familienzentren 22, 31, 32, 39
Film 55, 56
Filmförderung 8, 56
Flächenverbrauch 18
Flüchtlinge 60, 61
Forschung 7, 12, 27, 28, 41, 50, 51, 52, 62
Frauen 29, 39, 43, 44, 60, 61

G

Ganztagsbetreuung 22, 29
Gender Mainstreaming 43
Gentechnik 20
Geschlossene Unterbringung 36
Gleichstellung 43, 58
Güterumgebungsbahn 13, 17

H

HafenCity 10, 14
Hafenpolitik 8, 53
Hafenquerspange 17
Hartz-IV 33, 38
HHLA 53

I

Integration 8, 31, 32, 39, 42, 43, 52, 59, 61
Integrationsfirmen 42

K

Kinderarmut 33
Kita 7, 21, 22, 23, 29, 31, 36, 49, 52, 59
Kohlekraftwerk 9, 10

Kraft-Wärme-Kopplung 10
Kreative Stadt 58, 62
Kreativität 5, 6, 21, 52, 55, 62
Kreativwirtschaft 8, 55, 56
Kriminalität 8, 48, 49
Kultur 8, 15, 31, 47, 52, 54, 55, 57, 59
Künstler 57

L

LBK 41
Lehre 27, 28, 50
Lesben 58, 59
lokale Ökonomie 31

M

Menschen mit Behinderung 37
Metropolregion 53
Mindestlohn 33
Musik 40, 47, 57

N

Naturschutzgebiete 20

O

Ökostrom 11
ÖPNV 13, 34

P

Park Postkolonial 54
Pflege 37, 38
Polizei 36, 48, 49

Q

Quartiersarbeit 30, 36
Quartiersmanagement 7, 30, 32, 39

R

Rechtsextremismus 47
Rehabilitation 38

S

Schwule 58, 59
Shared Space 15, 16
Sozialticket 14, 33
Sprachförderung 22, 61
Stadtbahn 12, 13, 14
Stromnetz 10
Studiengebühren 27
Sucht 9, 39, 40

T

Talente 6, 7, 21, 22, 24,
28, 31, 62
Teilhabe 5, 21, 29, 30, 33,
37, 61
Tierschutz 21

U

Umweltzone 6
Universität 10, 27, 35, 61

V

Verbraucherschutz 21
Vision Zero 16

W

Wahlrecht 8, 45, 61
Weiterbildung 22, 26, 37,
41, 42, 56, 59
Welthandel 54
Wissenschaftsstiftung 28
Wohnungspolitik 33, 34

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Unsere Ideen für Hamburg | 5 |
| 1. Grüne Metropole am Wasser: Klima, Verkehr und Naturschutz | 9 |
| › Klimaschutz: keine halben Sachen | 12 |
| › Entspannt Mobil: eine neue Kultur des Verkehrs | 15 |
| › Hamburg natürlich grün | 18 |
| 2. Hamburg bildet sich: Mehr Leistung und Gerechtigkeit in Kita, Schule und Uni | 21 |
| › Wissensdurst fördern: frühkindliche Bildung verbessern | 21 |
| › 9 macht klug! Eine Schule für alle! | 23 |
| › Wege zum Beruf | 25 |
| › Es ist nie zu spät, sich schlau zu machen: Lebenslanges Lernen | 26 |
| › Wissenschaft und Forschung: Wegweiser für morgen | 27 |
| 3. Hamburg hält zusammen: Soziales und Arbeit in der kreativen Stadt | 29 |
| › Spaltung der Stadt verhindern | 30 |
| › Aktivierung durch Sport | 32 |
| › Soziale Teilhabe | 33 |
| › Aktive Wohnungspolitik für Hamburg | 33 |
| › Kinder- und Jugendhilfe | 36 |
| › Den demografischen Wandel gestalten | 37 |
| › Gesundheit | 39 |
| › Beteiligung durch Arbeit fördern | 41 |
| › Frauenpolitik: Die Hälfte der Macht | 43 |
| 4. Eine Stadt für alle: Demokratie und Bürgerrechte stärken | 45 |
| › Mehr direkte Demokratie | 45 |
| › Kriminalität bekämpfen, Bürgerrechte wahren | 48 |
| › Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik | 50 |
| 5. Hafen für Ideen: Kreativität ist unser Kapital | 52 |
| › Für eine neue Hafenpolitik | 53 |
| › Kreativwirtschaft und Kultur in der Kreativen Stadt | 55 |
| › Aktive Politik für Lesben und Schwule | 58 |
| › Formel Vielfalt – Integration fördern | 59 |
| › Darum GRÜN wählen | 62 |
| Index | 63 |
| Impressum | 66 |

Impressum

Herausgeberin:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GAL Hamburg
Curienstraße1
20095 Hamburg
Fon 040/3992 52-0
Fax 040/3952 52-99
info@hamburg.gruene.de
www.hamburg.gruene.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Eggers

Satz und Layout: fotodesign Lübeck

Fon 0451/693 95 30

Titelgestaltung: M & C Saatchi

Fon 030/6 1657 90

Auflage: 15.000 Exemplare

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier